

Ostdeutsche im Generationenvergleich

Dezember 2018

Eine Studie von Kantar Public
im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (BPA)

Ihre Ansprechpartner:

Christoph Döbele
Consultant
t 030 533 22 209
christoph.doebele@kantarpublish.com

Oliver Sartorius
Director
t 030 533 22 204
oliver.sartorius@kantarpublish.com

Ostdeutsche im Generationenvergleich

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung mit ostdeutscher Herkunft

Stichprobenanlage: Repräsentative Zufallsstichprobe / Dual Frame 70:30

Erhebungsverfahren: Telefon-Befragung (CATI)

Erhebungszeitraum: 09. Oktober bis 09. November 2018

Fallzahl: 992 Interviews

Institut: Kantar Public

Ihre Ansprechpartner:

Oliver Sartorius
+49 (0)30 533 22 204
oliver.sartorius@kantarpublic.com

Christoph Döbele
+49 (0)30 533 22 209
christoph.doebele@kantarpublic.com

Inhalt

1.	Zentrale Ergebnisse der Studie	4
2.	Vorbemerkungen	7
3.	Beschreibung der Zielgruppe	8
4.	Persönliche Lebensumstände	12
5.	Politische Einstellungen	15
6.	Einstellungen zu DDR und zur Wiedervereinigung	24
6.1.	Einstellungen zur DDR	24
6.2.	Einstellungen zur Wiedervereinigung und den Folgen	29
7.	Bewertung der aktuellen Lage in Deutschland	33

1. Zentrale Ergebnisse der Studie

- Die befragten Wahlberechtigten ostdeutscher Herkunft sind im Durchschnitt 52,7 Jahre alt und damit etwas älter als die Wahlberechtigten insgesamt. Die Jahrgänge bis 1959 machen 36% der Stichprobe aus, die mittlere Generation der Jahrgänge 1960 bis 1979 sind mit 38% vertreten und die Jüngeren ab 1980 Geborenen haben einen Anteil von 26%.
- Etwa vier Fünftel der Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft leben in den neuen Bundesländern, etwa ein Fünftel in den alten. Dies entspricht genau der umgedrehten Verteilung der Gesamtbevölkerung. Die Befragten leben vergleichsweise häufig in ländlichen Gebieten.
- Der Anteil an Männern und Frauen entspricht annähernd der gesamten Wahlberechtigten Bevölkerung. Vor allem in der ältesten Generation (ab 59 Jahren) ist der Frauenanteil vergleichsweise hoch. Die Befragten haben insgesamt eine leicht überdurchschnittliche Bildung. Die Generation der Nachwende (bis 38 Jahre) verfügt über die höchste formale Bildung. Sechs von Zehn sind erwerbstätig. Der Anteil an Rentnern ist aufgrund der Altersstruktur der Zielgruppe eher hoch. Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen liegt deutlich unter dem der wahlberechtigten Bevölkerung, allerdings ist die Zufriedenheit mit der eigenen **finanziellen Situation** ähnlich stark ausgeprägt wie in der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung.
- Etwa die Hälfte der Befragten war seit der Wiedervereinigung schon einmal arbeitslos, davon wiederum mehr als die Hälfte länger als ein Jahr. Angehörige der ältesten Generation sind mit durchschnittlich 4,4 Jahren besonders lang betroffen. Dennoch ist die große Mehrheit der Befragten mit ihrem persönlichen Leben **zufrieden** und schaut **optimistisch** in die Zukunft. Insbesondere die Nachwende-Generation blickt zuversichtlich in die eigene Zukunft.
- Die Einschätzung der **wirtschaftlichen Lage** in Ostdeutschland ist zwiespältig: Jeweils etwa die Hälfte schätzt sie eher als gut beziehungsweise eher als weniger gut oder schlecht ein. Dabei sprechen sich die Befragten quasi durchweg dafür aus, dass sich finanzielle Förderung am Bedarf und nicht pauschal an der Region orientieren sollte – also bedürftige Regionen in Ost und West gleichermaßen unterstützt werden sollten.
- Mit dem **Funktionieren der Demokratie** in Deutschland ist lediglich ein Drittel der Befragten zufrieden, während es in der Gesamtbevölkerung mehr als zwei Drittel sind. Insbesondere bei den Vorwende-Generationen zeigt sich nur gut jeder Vierte zufrieden, in der Nachwende-Generation immerhin jeder Zweite. Dennoch bezeichnet die übergroße Mehrheit der Befragten die Demokratie grundsätzlich als gute Regierungsform – die Kritik ist also keinesfalls mit einer anti-demokratischen Haltung zu verwechseln. Die **Unzufriedenheit** mit Ergebnissen und Handeln der Politik **nimmt mit zunehmender räumlicher Distanz kontinuierlich zu**: Während auf lokaler Ebene noch zwei Drittel der Wahlberechtigten mit

ostdeutscher Herkunft zufrieden mit dem politischen Output sind, ist es auf Landesebene etwa die Hälfte und auf Bundesebene nur noch ein Viertel.

- Gut die Hälfte der Befragten wünscht sich einen liberalen Staat mit individuellen Freiheiten, vier von Zehn präferieren hingegen einen starken Staat, der seine Gesetze konsequent durchsetzt. Vor allem die Nachwende-Generation spricht sich für eine liberale Verfassung aus. Allerdings vertreten vier Fünftel der Befragten die Meinung, dass sich **Politiker** immer **an der Mehrheitsmeinung des Volkes orientieren** sollten. Insbesondere die mittlere Generation steht dem Prinzip des freien Mandats besonders kritisch gegenüber.
- Beim **Institutionenvertrauen** zeigt sich ein relativ großes Vertrauen gegenüber Exekutivorganen des Staates wie der Polizei und der Verwaltung. Der Bundesregierung wird allerdings wie dem Bundestag und den Medien von etwa zwei Dritteln nur geringes bis gar kein Vertrauen entgegengebracht. Das geringste Vertrauen genießen die Parteien. Die Nachwende-Generation zeichnet sich generell durch ein höheres Institutionenvertrauen aus als die Vorwende-Generationen.
- Die **Einstellungen gegenüber der DDR** sind **differenziert**: Die Gefühle bei Gedanken an die DDR sind gemischt, wobei positive Gefühle in den Vorwende-Generationen (natürlich) spürbar stärker ausgeprägt sind. Das Bild der DDR ist geprägt von einem Überwachungsstaat, der politische Anpassung einforderte und sich durch wenige individuelle Freiheiten auszeichnete. Die Idee des Sozialismus findet jedoch – trotz befundener schlechter Umsetzung in der DDR – mehrheitlich breiten Anklang. Die Stasi wird von zwei Drittel der Befragten retrospektiv als normaler Geheimdienst eingeordnet.
- Das Leben in der DDR wird von den Vorwende-Generationen als geprägt von Solidarität und Zusammenhalt und weitgehend frei von Konkurrenzdenken beschrieben. Eingeräumt wird von einer großen Mehrheit die Existenz staatlicher Zensur, aber dennoch sind zwei Drittel der vor 1980 Geborenen der Auffassung, dass **die DDR heute zu negativ dargestellt** werde. Die DDR wird vor allem bezüglich der Arbeitsplatzsicherheit, der Mietpreise und der Kinderbetreuung aber auch hinsichtlich Schulausbildung, Sportförderung, Gleichberechtigung der Geschlechter und sozialer Gerechtigkeit als das überlegene System erlebt.
- Unabhängig vom Bild der DDR ist die **Wiedervereinigung ausgesprochen positiv** konnotiert: Der Fall der Mauer wird von fast neun von Zehn als positiv für Deutschland betrachtet und fast drei von vier Befragten sehen sich – generationenübergreifend – auch persönlich eher als Gewinner der Einheit. Selbst wenn sieben von zehn Befragten der Vorwende-Generation Enttäuschungen im Rahmen des Vereinigungsprozesses erlebt haben und besonders die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung als schwer erlebt wurden, bezeichnen fast neun von Zehn die Wiedervereinigung als „das Beste, was Deutschland passieren konnte“.
- Die **aktuelle Lage in Deutschland** wird aus Sicht der Zielgruppe von einer starken Spaltung der Gesellschaft und einer großen Distanz zwischen Bürgern und Politik geprägt. Beklagt wird ein aggressiver Umgangston in den Medien und im Internet sowie Konkurrenzdenken und (zu) hoher Leistungsdruck. Zwar nehmen zwei Drittel Deutschland als wohlhabendes Land wahr, aber noch mehr finden, dass es hierzulande nicht gerecht zugehe. Einer Mehrheit

bereiten die aufgenommenen Flüchtlinge Sorgen. Viele fühlen sich abends nicht mehr sicher oder befürchten Terroranschläge. Vor allem die Vorwende-Generation fühlt sich weniger sicher und beklagt Defizite bei der sozialen Gerechtigkeit.

- Die Bewertung der **derzeitigen Situation in Ostdeutschland** zeigt ein insgesamt kritisches Bild: Eine klare Mehrzahl der Befragten empfindet, dass Westdeutsche immer noch auf Ostdeutsche herabsehen. Eine klare Mehrheit teilt die Auffassung, dass viele Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft in Ostdeutschland von Westdeutschen besetzt werden und beklagt einen anhaltenden Abwanderungsverlust aus der eigenen Heimat. In der Ansicht, dass eine spezielle Politik für Ostdeutschland nicht (mehr) sinnvoll ist, kommt der Wunsch nach Normalität und gleichberechtigter Akzeptanz ebenfalls zum Ausdruck. Nur eine Minderheit sieht den Erfolg rechter Parteien in Ostdeutschland in Zusammenhang mit der DDR-Vergangenheit. Die Nachwende-Generation sieht diesbezüglich eher einen Zusammenhang.
- Auf der sozioökonomischen Konfliktlinie verorten sich die Befragten leicht links vom Skalenmittelwert und sprechen sich damit **mehrheitlich für den Ausbau sozialstaatlicher Leistungen** aus. Die mittlere Generation positioniert sich – wohl aufgrund ihres hohen Grads an beruflicher Aktivität – stärker in der Mitte der Skala.
- Gegenüber **Zuwanderung** ist die **Grundhaltung insgesamt eher kritisch** und für mehr Einschränkungen. Die wahrgenommenen Probleme überlagern alles in allem die wahrgenommenen Chancen. Stark ausgeprägt ist die **Angst vor steigender Kriminalität**. Die jüngere Nachwende-Generation äußert sich hierbei positiver als die älteren Vorwende-Generationen, insbesondere bei der Bewertung der Chancen durch Flüchtlinge.

2. Vorbemerkungen

Die empirische Forschung stellt sowohl in Bezug auf einige gesellschaftspolitische Einstellungen als auch in Zufriedenheitsmessungen immer wieder Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen selbst fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung fest. Auch aktuelle politische Entwicklungen und Wahlergebnisse unterscheiden sich deutlich zwischen Ost und West. Es stellt sich die Frage, inwieweit sich - neben den Ost-West-Unterschieden - auch zwischen den verschiedenen Generationen der Ostdeutschen (gesellschafts-)politische Einstellungen unterscheiden? Gibt es einen systembedingten Sozialisationsseffekt, der sich auf Einstellungen auswirkt? Und gleichen sich die Einstellungen jüngerer Generationen in Ost und West wieder an? Neben dem Blick auf die verschiedenen Altersgruppen (Sozialisierung vor und nach der Wende) sollen Einstellungen und Meinungen zur Wiedervereinigung und dem Bild der DDR sowie zum persönlichen Erleben der Wende und zu aktuellen politischen Themen erfragt werden.

Die forschungsleitenden Fragen lauten:

- Wie lassen sich ostdeutschen Generationen, neben dem Alter, soziodemographisch beschreiben?
- Wie steht es um die Lebenswirklichkeit und –zufriedenheit?
- Was prägt die eigene Identität?
- Welche Einstellungen haben die Befragten zu Demokratie, Staat, Gesellschaft und Wirtschaft?
- Wie bewerten sie die Entwicklung in den neuen Bundesländern seit der Wiedervereinigung?
- Wo sehen sie aktuelle Probleme und Herausforderungen in Deutschland und insbesondere in Ostdeutschland?
- Wie stark fühlen sich Ostdeutsche in Politik und Gesellschaft nach fast 30 Jahren Wiedervereinigung vertreten?
- Wie stehen unterschiedliche ostdeutsche Generationen retrospektiv zur DDR und zur Wiedervereinigung?
- Unterscheiden sich die Einstellungen von ehemaligen Ostdeutschen, die in Westdeutschland leben, von denen, die in den neuen Bundesländern geblieben sind?

3. Beschreibung der Zielgruppe

Wahlberechtigte mit ostdeutscher Herkunft wurden in unserer Studie als Personen definiert, die – je nach Geburtsjahrgang – entweder selbst bis 1989 in der DDR gelebt haben oder deren Eltern bis 1989 in der DDR gelebt haben. Für die Jahrgänge 1919 bis 1979 wurde die eigene DDR-Sozialisation erfragt, ab Jahrgang 1980 die DDR-Sozialisation der Eltern. Die Befragten mit eigener DDR-Sozialisation lassen sich dabei noch einmal in Jahrgänge bis 1959 und Jahrgänge von 1960-1979 unterteilen. Die erste Gruppe zeichnet sich dadurch aus, dass sie oftmals die Gründung der DDR und den Staatsaufbau miterlebt hat. Darüber hinaus haben alle Befragten dieser Generation die Errichtung der Mauer und die damit verbundene Abschottung der DDR erlebt und sind umfassend vom Leben in der DDR geprägt worden. Viele von ihnen haben wiederum selbst Kinder in der DDR bekommen. Die zweite Gruppe der Jahrgänge 1960-1979 wurde ebenfalls in der DDR sozialisiert. Sie unterscheidet sich von der älteren Gruppe jedoch darin, dass sämtliche dieser Personen die Schul- und Bildungseinrichtungen der DDR besuchten. Die jüngste Generation, die Jahrgänge 1980 bis 2000, verfügt nur über eine geringe oder gar keine persönlichen DDR-Erfahrungen. Eine umfassende Sozialisation in der DDR hat damit nicht stattgefunden, vielmehr zeichnet sich diese Generation durch primäre Sozialisationserfahrungen im wiedervereinigten Deutschland aus.

Die Befragten mit ostdeutscher Herkunft sind im **Durchschnitt 52,7 Jahre** alt und damit minimal älter als die wahlberechtigte Bevölkerung insgesamt (51,3 Jahre).¹ Die drei beschriebenen Generationen haben ein Durchschnittsalter von 71,7 Jahren, 49,4 Jahren und 30,5 Jahren. Die mittlere Altersgruppe ist mit einem Anteil von 38 Prozent im Vergleich zur gesamten wahlberechtigten Bevölkerung (35%) nur leicht überrepräsentiert. Die in Westdeutschland lebenden Befragten (48,7 Jahre) sind durchschnittlich jünger als die in Ostdeutschland Lebenden (53,8 Jahre). Der Anteil an **Männern** (46%) und **Frauen** (54%) entspricht annähernd dem der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung, mit einer leichten Verschiebung zugunsten der Frauen.² Vor allem bei der ältesten der drei untersuchten Generationen ist der Frauenanteil vergleichsweise hoch (60%).

Wahlberechtigte mit ostdeutscher Herkunft verfügen insgesamt über eine **leicht überdurchschnittliche Bildung**. Zwar entspricht der Anteil an formal Hochgebildeten exakt dem Anteil an allen Wahlberechtigten, bei der mittleren formalen Bildung weisen die Ostdeutschen (51%) jedoch eine deutliche Verschiebung im Vergleich zu allen Wahlberechtigten (32%) auf. Ein gegenteiliges Bild zeigt sich entsprechend für die niedrige Bildung (Ostdeutsche: 17%, alle Wahlberechtigten: 36%).³ Junge Befragte der Nach-Wende-Generation zeichnen sich durch eine vergleichsweise höhere Bildung aus (51%) – dabei handelt es sich aber um einen typischen Generationen-Effekt. Ebenso haben Ostdeutsche, die im Westen wohnen, häufiger eine hohe formale Bildung (West: 37%, Ost: 29%).

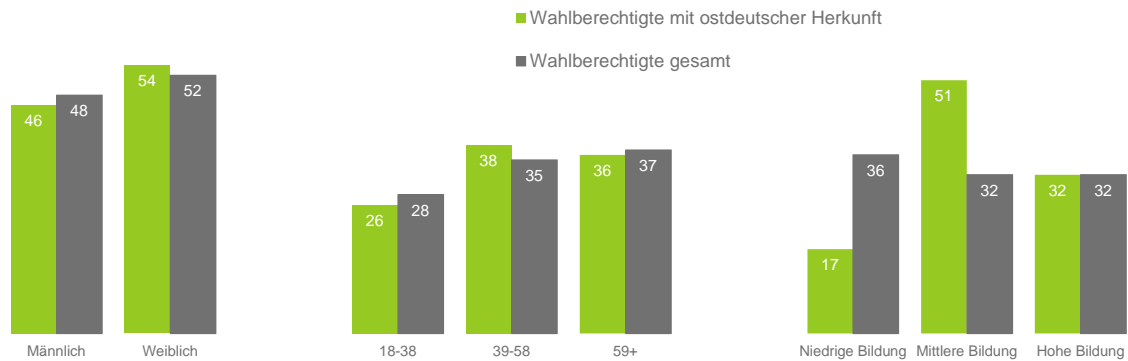
¹ Vgl. Infratest dimap 2018: DeutschlandTrend Juli-Dezember (Mittelwert aus insgesamt sechs Erhebungen).

² Vgl. Amtl. Bevölkerungsfortschreibung, 31.12.2016, Destatis.

³ Vgl. Mikrozensus 2016, Destatis.

Ostdeutsche im Generationenvergleich

Soziodemographische Merkmale



Angaben in Prozent
 Basen: Wahlberechtigte mit ostdeutscher Herkunft | Wahlberechtigte Bevölkerung gesamt
 Quellen: Geschlecht, Alter: Bevölkerungsfortschreibung 31.12.2016, Destatis
 Bildung: Mikrozensus 2016, Destatis

KANTAR PUBLIC=

Ostdeutsche im Generationenvergleich | Dezember 2018 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

Sechs von zehn Befragten (60%) sind in **Voll- oder Teilzeit** berufstätig. Der Anteil an Rentnern liegt aufgrund der vergleichsweise hohen Altersstruktur bei 31 Prozent. In Ausbildung⁴ befinden sich im Umkehrschluss nur sehr wenige Befragte (3%). Arbeitslose (inkl. 1-Euro-Jobber) sind mit nur 3 Prozent in der Stichprobe unterrepräsentiert⁵: Bundesweit liegt die Quote bei derzeit 4,9 Prozent⁶. Die Erwerbstätigkeit von Männern (65%) ist etwas höher als die von Frauen (56%). In Bezug auf Bildung und Erwerbstätigkeit zeigen sich für die Gruppe der Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft zwei Effekte. Zum einen kann man einen erwartbaren Zusammenhang erkennen: Mit höherer Bildung steigt der Anteil der Erwerbstätigen unter den Befragten an. Andererseits geht höhere Bildung nicht wie sonst üblich mit einem geringeren Anteil an Arbeitslosen und Hausfrauen/-männern einher.⁷

Etwa zwei Drittel der erwerbstätigen Ostdeutschen gehören zur Gruppe der **Angestellten** (67%). Etwa jeder sechste ist Arbeiter (17%), jeder Zwanzigste ist verbeamtet (5%) und weitere 10 Prozent sind selbstständig. Ältere Arbeitnehmer ordnen sich selbst spürbar häufiger als Arbeiter ein als Jüngere (18-38 Jahre: 8%, 39-59 Jahre: 21%, 59+ Jahre: 26%). Dieser Zusammenhang dürfte sich gegenüber der Gesamtbevölkerung kaum unterscheiden, da er sowohl auf eine veränderte Arbeitsumgebung, andere Anforderungen des Arbeitsmarktes, als auch das formal höhere Bildungsniveau unter jüngeren Befragten zurückgehen dürfte. Deutliche Unterschiede gibt es auch beim Geschlecht: Männer ordnen sich häufiger der Erwerbsgruppe der Arbeiter zu als Frauen (27% vs. 8%).

78 Prozent der Befragten wohnen in den neuen **Bundesländern**, 22 Prozent in den alten. Die Ost-West Verteilung der Zielgruppe entspricht somit genau der umgedrehten Verteilung der

⁴ Hierzu zählen Azubis, Schüler und Studierende.

⁵ Die Arbeitslosenquote, die auf Grundlage der Erwerbspersonen berechnet wird, beträgt in der Stichprobe 3,5%.

⁶ Stand Oktober 2018, Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

⁷ Das mag auch am sehr geringen Anteil von Arbeitslosen und Hausfrauen/-männern liegen, die Unterschiede befinden sich innerhalb der Schwankungsbreite.

Gesamtbevölkerung.⁸ Jüngere Befragte wohnen dabei häufiger im Westen (28%) im Vergleich zur ältesten Altersgruppe (13%). Ein Viertel der Befragten lebt alleine (25%), jeder Vierte in einem Zwei-Personen-Haushalt (38%), die übrigen 37% leben in drei oder mehr Personen Haushalten. Die durchschnittliche **Haushaltsgröße** liegt damit bei 2,4 Personen. Über die Hälfte der Befragten lebt in ländlicheren Gemeinden mit maximal 20.000 Einwohnern (51%). Etwa ein Viertel lebt in Städten bis 100.000 Einwohnern (23%). Ein weiteres Viertel lebt in urbanen Zentren mit mehr als 100.000 Einwohnern (26%). Die Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft sind somit deutlich ruraler geprägt als die Gesamtbevölkerung⁹ und leben seltener in Städten. Dies dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass Ostdeutschland – bis auf wenige Zentren und Metropolregionen – weniger urban geprägt ist.

Das durchschnittliche **Haushaltsnettoeinkommen** der Befragten mit ostdeutscher Herkunft liegt bei 2.507 Euro und fällt damit deutlich niedriger aus als in der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung (2.913 Euro).¹⁰ Dieser Unterschied lässt sich zum einen durch den hohen Anteil an Rentnern unter den Befragten erklären und spiegelt zum anderen die unterschiedlichen Lohnniveaus in Ost und West wider. Da vier Fünftel der Befragten in Ostdeutschland leben, ist dies ein gewichtiger Faktor. Gestützt wird diese Erklärungslinie von der Tatsache, dass das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen unter den im Westen lebenden Ostdeutschen 2.891 Euro beträgt, während das der Befragten in Ostdeutschland 2.397 Euro beträgt. Deutliche Unterschiede zeigen sich auch zwischen Männern (2.790 Euro) und Frauen (2.268 Euro). Mit zunehmender Bildung steigt das Einkommen erwartungsgemäß deutlich an. Die älteste Generation verfügt mit durchschnittlich 1.916 Euro über das geringste Haushaltsnettoeinkommen. Dies scheint zunächst plausibel, da sich darunter viele Rentner und Pensionäre befinden. Allerdings ist festzuhalten, dass diese auch häufiger alleine wohnen. Teilt man das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen durch die durchschnittliche Haushaltsgröße, so ergibt sich ein neues Bild: Die jüngste Altersgruppe besitzt mit 976 Euro das geringste Durchschnittseinkommen pro Person, während die mittlere und ältere Generation mit 1.124 Euro bzw. 1.127 Euro pro Person deutlich finanzstärker sind.¹¹

Etwa die Hälfte der Befragten war seit 1990 bereits einmal arbeitslos (52%). Interessanterweise liegt die jüngste Generation (53%) im Durchschnitt, während die älteste Generation (42%) weniger oft die Erfahrung von **Arbeitslosigkeit** machte. In der mittleren Generation waren überdurchschnittlich viele Befragte schon einmal seit der Wiedervereinigung arbeitslos (62%). Diese zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung sehr junge Generation, die gerade in das Arbeitsleben startete, hatte es offensichtlich besonders schwer, beruflich Fuß zu fassen. Diesbezüglich zeigen sich kaum Unterschiede zwischen den im Westen und den im Osten lebenden Befragten.

⁸ Vgl. für Gesamtbevölkerung: Osten: 20%, Westen: 80%. Quelle: Amtl. Bevölkerungsfortschreibung zum 31.12.2017, Destatis..

⁹ Vgl. für Bevölkerung ab 15 Jahren: <20.000: 41,2%; 20.000<100.000: 27,4%; 100.000+: 31,4%. Quelle: Amtl. Bevölkerungsfortschreibung, 2015, Destatis.

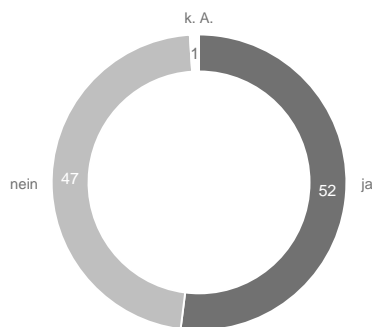
¹⁰ Vgl. Infratest dimap 2018: DeutschlandTrend Juli-Dezember (Mittelwert aus insgesamt sechs Erhebungen).

¹¹ Das hier berechnete Durchschnittseinkommen pro Person ist ein auf Basis des kategorialen Haushaltsnettoeinkommens angenäherter Wert. Dies entspricht nicht dem Äquivalenzeinkommen eines Haushalts.

Ostdeutsche im Generationenvergleich

Dauer der Arbeitslosigkeit

Waren Sie seit 1990 schon einmal arbeitslos?



Wenn ja, wie viele Jahre waren Sie seitdem insgesamt arbeitslos?



Frage S7: Waren Sie seit 1990 schon einmal arbeitslos?
Frage S8: Wenn ja, wie viele Jahre waren Sie seitdem insgesamt arbeitslos?

Angaben in Prozent
Fehlende Werte S8: Keine Angabe
Basis S7: Wahlberechtigte mit ostdeutscher Herkunft
Basis S8: Befragte, die seit 1990 einmal arbeitslos waren

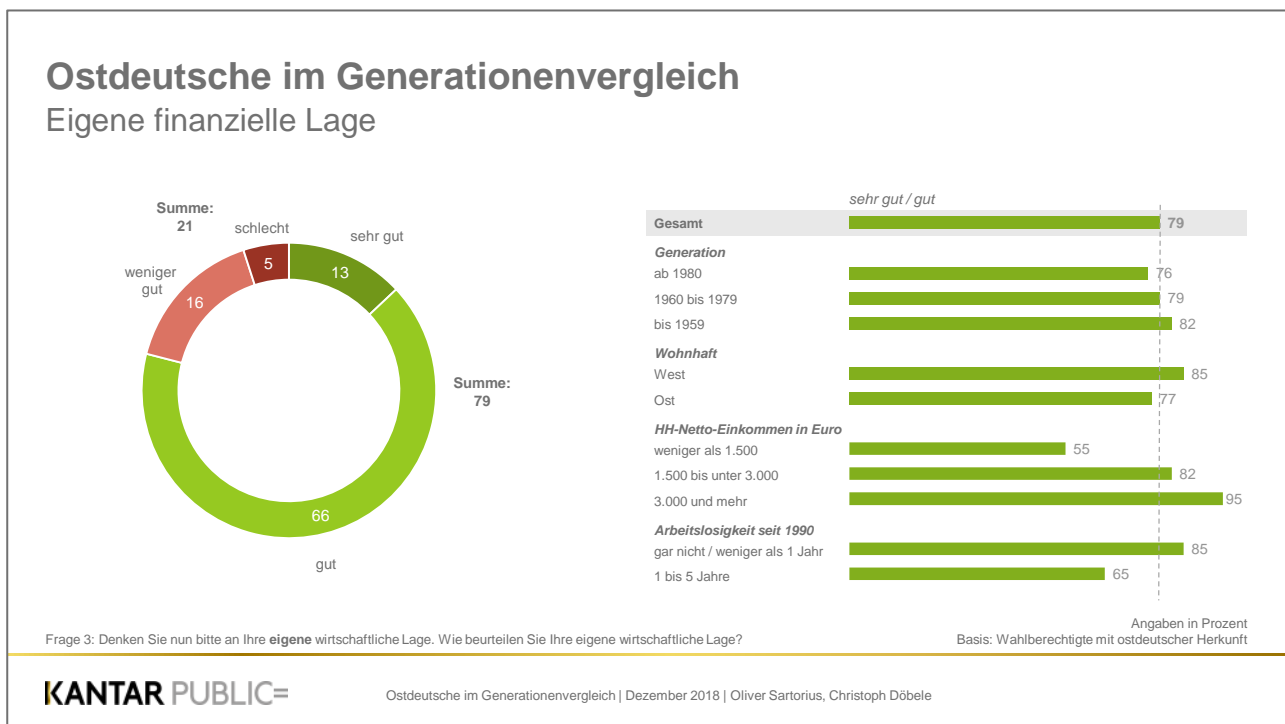
KANTAR PUBLIC

Ostdeutsche im Generationenvergleich | Dezember 2018 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

Unter denen, die seit 1990 arbeitslos waren, waren gut vier von zehn weniger als ein Jahr ohne berufliche Tätigkeit (44%). Genauso viele waren insgesamt zwischen einem und fünf Jahren arbeitslos (44%). Etwa jeder Zehnte war dagegen länger als 5 Jahre arbeitslos (11%). Dies ergibt im Durchschnitt über alle Befragten eine **Dauer der Arbeitslosigkeit** von 2,9 Jahren. Hier zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Ost (3,1 Jahre) und West (2,0 Jahre). Mit anderen Worten wurden die Befragten, die im Westen leben, zwar gleich häufig arbeitslos, fanden jedoch wesentlich schneller eine neue Anstellung als im Osten. Dies ist vermutlich auf die größere Mobilität dieser Teilgruppe zurückzuführen: Dass sie derzeit in Westdeutschland leben ist vermutlich zu einem nicht unerheblichen Teil auf die Suche nach einer Ausbildung oder einem Job zurückzuführen. Die jüngere und besser ausgebildete Teilgruppe suchte also offenbar eine berufliche Perspektive auch jenseits ihrer ursprünglichen Herkunftsregion. Einen erwartbaren Effekt zeigt Bildung: Formal hoch gebildete Befragte sind zwar in ähnlichem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen, zeichnen sich jedoch durch eine spürbar kürzere durchschnittliche Arbeitslosigkeit aus (HB: 1,8 Jahre, MB: 3,2 Jahre, NB: 3,3 Jahre).

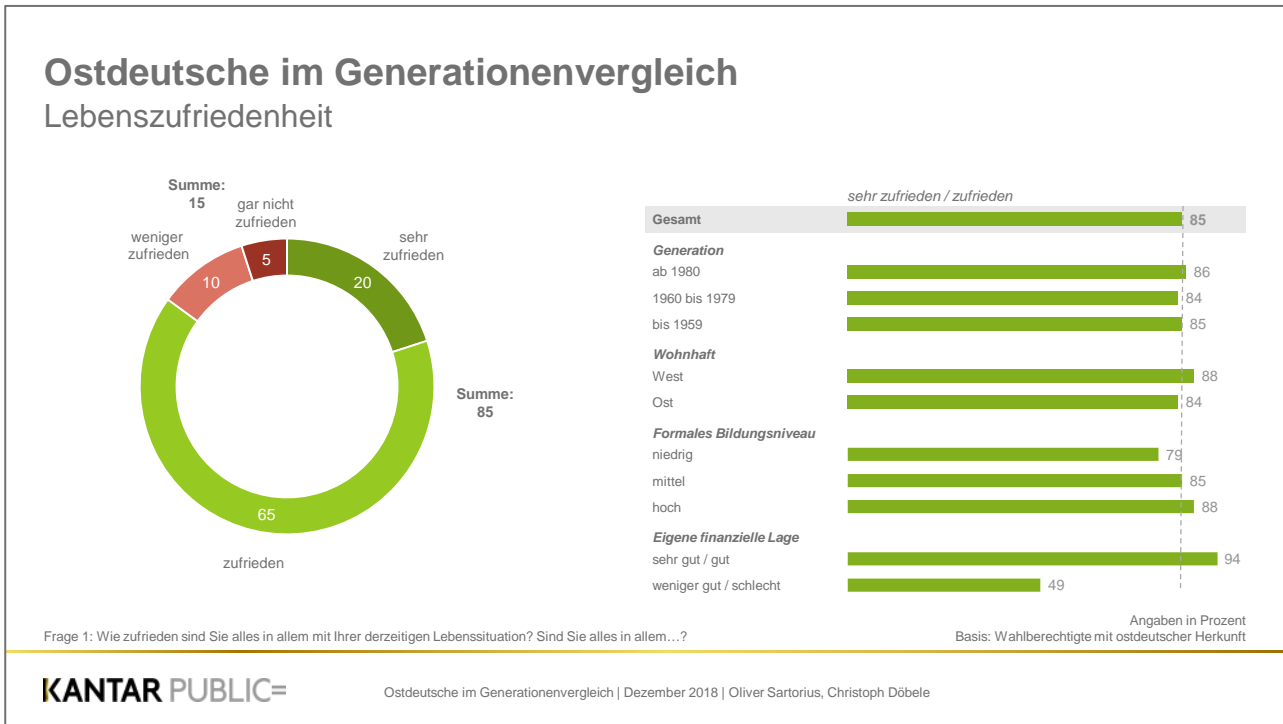
4. Persönliche Lebensumstände

Etwa acht von zehn Befragten schätzen ihre wirtschaftliche Situation als sehr gut (13%) oder gut (66%) ein. Dies entspricht ziemlich genau der Einschätzung der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung.¹² Die Wahrnehmung der Ostdeutschen überrascht an dieser Stelle, da das Haushaltsnettoeinkommen deutlich unter dem der Wahlberechtigten insgesamt liegt. Trotzdem äußert sich eine große Mehrheit zufrieden mit der eigenen finanziellen Situation. Die Beurteilung der finanziellen Situation hängt selbstverständlich primär vom tatsächlichen Einkommen ab. Im Ost-West-Vergleich der Befragten zeigt sich, dass Befragte, die im Westen leben, ihre finanzielle Situation besser einschätzen (West: 85% (sehr) gut), Ost: 77% (sehr) gut). Die positive Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation steigt mit zunehmendem Alter und folgt somit der durchschnittlichen Verteilung von Einkommen pro Person. Eine längere Arbeitslosigkeit wirkt sich stark negativ auf die finanzielle Lage aus (-20 Prozentpunkte). Rentner (80%) und Erwerbstätige (83%) unterscheiden sich kaum, einzig Auszubildende und Nicht-Erwerbstätige leben häufiger unter signifikant schlechteren wirtschaftlichen Bedingungen (51%). Eine grundsätzliche Haltung relativer Deprivation, die Ostdeutschen zuweilen unterstellt wird, lässt sich anhand dieser Befunde nicht erkennen.



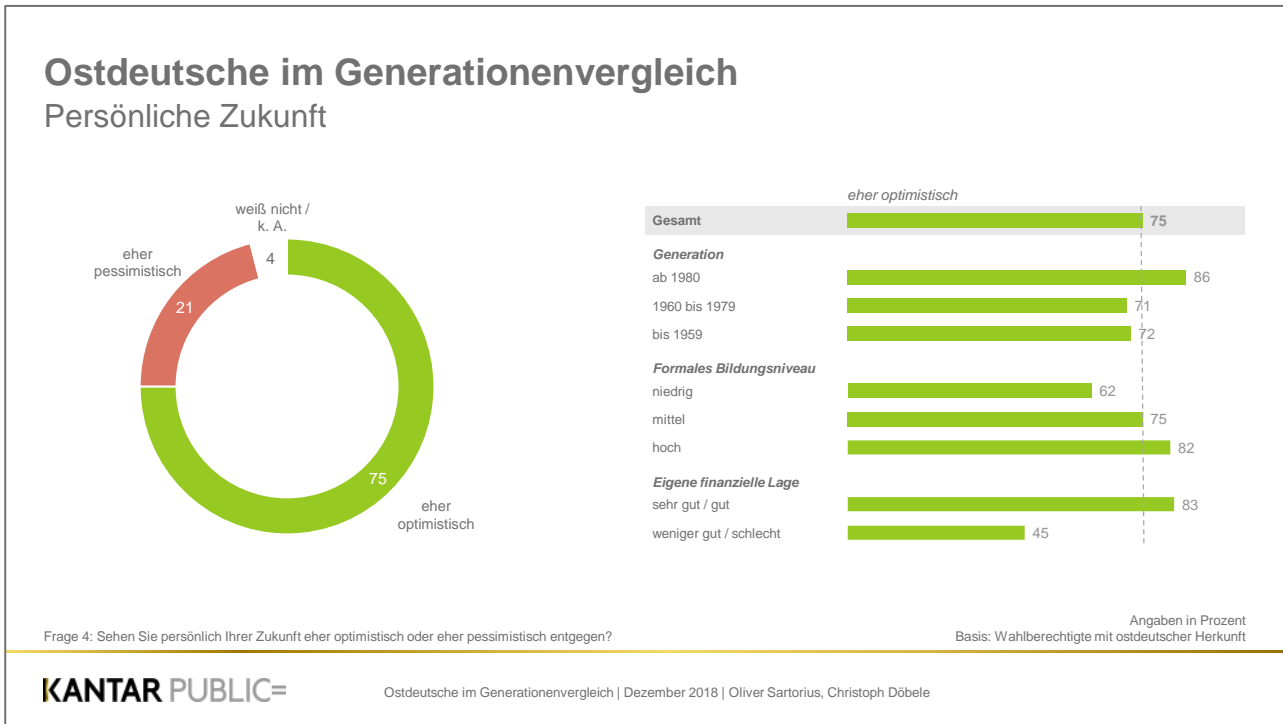
¹² Wahlberechtigte Bevölkerung gesamt: sehr gut: 10%, gut: 68%, weniger gut: 16%, schlecht: 5%, Quelle: DeutschlandTrend September | 2017

Die große Mehrheit der Befragten mit ostdeutscher Herkunft ist sehr zufrieden (20%) oder zufrieden (65%) mit ihrem Leben. Nur rund jeder Siebte ist weniger oder gar nicht zufrieden (15%).



Eine wesentliche Rolle spielt dabei die finanzielle Situation der Befragten: Während 94 Prozent der Menschen, denen es nach eigener Einschätzung finanziell gut geht, mit ihrem Leben zufrieden sind, gilt dies lediglich für die Hälfte (49%) derer, die in einer schwierigen finanziellen Situation sind. Mit zunehmender Bildung steigt das Zufriedenheitsniveau leicht an, dies scheint jedoch ein indirekter Effekt zu sein, der hauptsächlich vom Einkommen als Mediatorvariable determiniert wird. Zwischen den Generationen in Ost und West zeigen sich keine nennenswerten Unterschiede in der Lebenszufriedenheit.

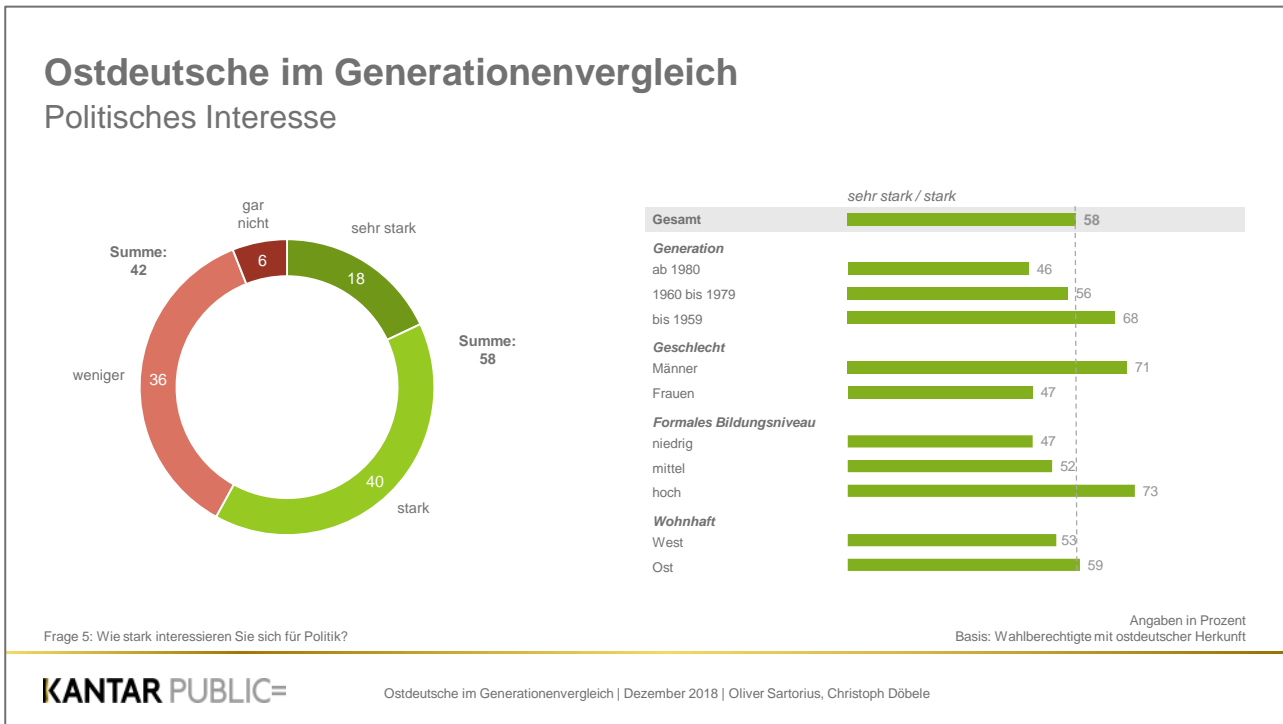
Drei Viertel der ostdeutschen Wahlberechtigten schauen ihrer Zukunft positiv entgegen (75%), jeder Fünfte ist eher pessimistisch (21%).



Vor allem die jüngste Generation ist spürbar optimistischer eingestellt (86%). Dies dürfte eher am Alter als an einem Generationeneffekt liegen – eine vergleichsweise optimistische Grundhaltung lässt sich in vielen Jugendstudien beobachten. Darüber hinaus zeigen Bildung und Einkommen einen positiven Effekt auf die Einschätzung der eigenen Zukunft. Ob die Befragten im Osten oder im Westen leben, spielt an dieser Stelle keine Rolle. Die Erfahrung von längerer Arbeitslosigkeit lässt Befragte allerdings vorsichtiger hinsichtlich der Beurteilung der eigenen Zukunftsaussichten werden.

5. Politische Einstellungen

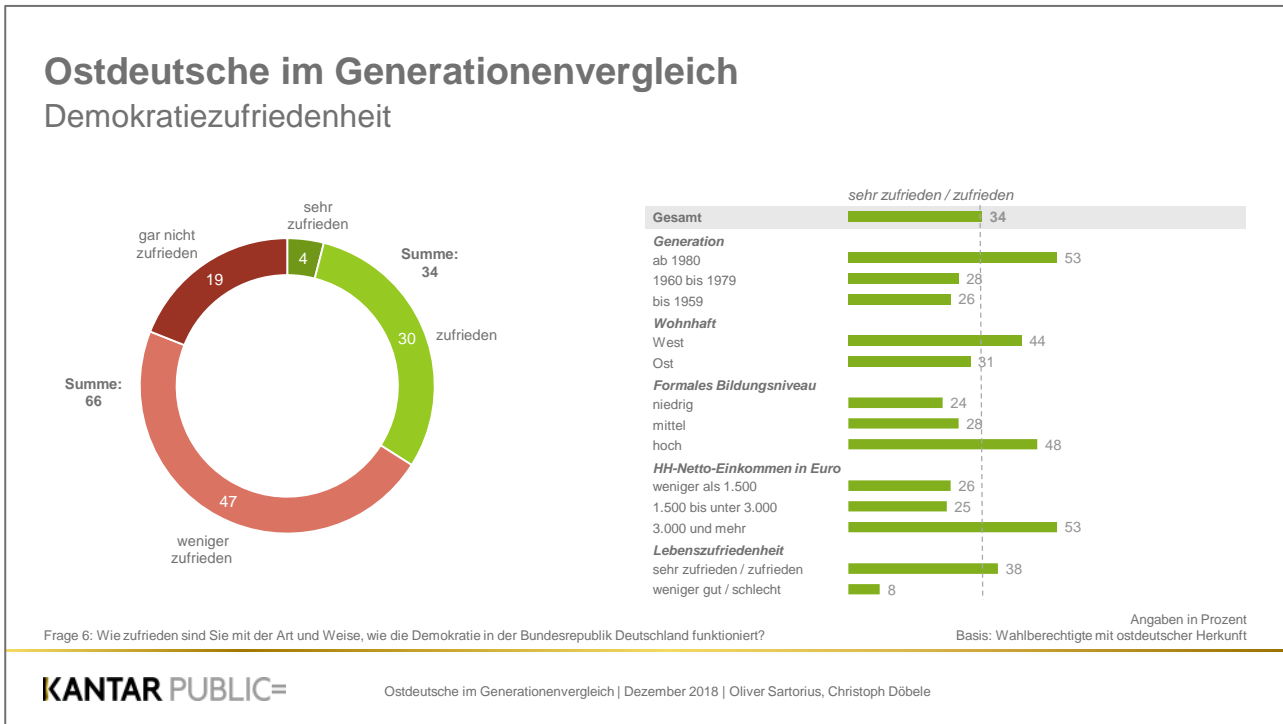
Etwa sechs von zehn Befragten interessieren sich nach eigenen Angaben sehr stark (18%) oder stark (40%) für Politik. Die übrigen 42 Prozent sind weniger oder gar nicht an Politik interessiert.



Es zeigen sich hierbei mehrere bekannte Effekte: Zum einen nimmt das politische Interesse mit steigendem Alter zu. Dieser Effekt lässt sich über die drei Generationen gut nachweisen. Zum Zweiten interessieren sich Männer (71%) nach eigenen Angaben häufiger für Politik als Frauen (47%). Außerdem hat Bildung, vor allem hohe formale Bildung (73%) im Vergleich zu niedriger (47%) und mittlerer (52%) formaler Bildung einen positiven Effekt auf das politische Interesse der Befragten. Neben diesen klassischen Zusammenhängen zeigen sich Personen aus kleineren Gemeinden unter 20.000 Einwohnern (51%) als weniger politisch interessiert im Vergleich zu Bewohnern von mittleren (68%) und großen (63%) Städten. Eine mögliche Erklärung hierfür ist die Verteilung der Bildungsabschlüsse der Befragten zwischen Stadt und Land. Der formale Bildungsstand der Personen, die in Städten wohnen liegt im Durchschnitt über dem der Landbevölkerung in unserer Stichprobe. Zwischen den Befragten in Ost und West zeigt sich kein signifikanter Unterschied.

Nur rund ein Drittel der Befragten (34%) ist zufrieden (30%) oder sehr zufrieden (4%) damit, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert. Knapp die Hälfte ist weniger zufrieden (47%) und jeder Fünfte (19%) ist gar nicht damit zufrieden. Die Befragten haben damit einen spürbar negativeren Blick auf die bundesdeutsche Demokratie als die wahlberechtigte Bevölkerung

insgesamt.¹³ Es zeigt sich somit **eine große Ablehnung der systemischen Ausgestaltung der Demokratie in Deutschland** und ihrer Funktionsweise.



Besonders ausgeprägt ist diese Ablehnung bei den Generationen der Vorwende¹⁴, hier ist nur rund jeder Vierte (27%) zufrieden. Innerhalb der Nachwende-Generation liegt die Zufriedenheit mit 53 Prozent etwa doppelt so hoch. Ein weiterer signifikanter Unterschied zeigt sich zwischen den Befragten in Ost und West. Während im Westen immerhin 44 Prozent zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind, sind es im Osten nur etwa ein Drittel (31%). Bildung und Einkommen beeinflussen die Demokratiezufriedenheit jeweils positiv, auch wer insgesamt mit dem eigenen Leben zufriedener ist, scheint eher mit der Ausgestaltung des politischen Systems und seinen Wirkungsmechanismen klar zu kommen. Diese Korrelation sagt jedoch nichts über die Kausalität der Verbindung aus.

Die Generationeneffekte könnten mit der Sozialisation in der DDR bzw. im vereinten Deutschland erklärbar sein. Die jüngeren Befragten, die kein anderes politisches System kennen, sind viel eher mit dem Status Quo zufrieden. Ältere Befragte sind durch die DDR systembedingt sozialisiert und betrachten gewisse Dinge deshalb kritischer. Sozioökonomisch lassen sich diese Generationenunterschiede nicht unmittelbar erklären, da die mittlere und ältere Generation über ein höheres Durchschnittseinkommen pro Kopf verfügt als die jüngste Generation. Dennoch ist ihre Demokratiezufriedenheit deutlich niedriger. Dies könnte einerseits zum Teil mit der vergleichsweise niedrigeren Bildung in den beiden Vorwende-Generationen zusammenhängen. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die unterschiedliche Demokratiezufriedenheit auf biographische Brucherefahrungen durch die Wiedervereinigung und ihre sozialen, ökonomischen und politischen Folgewirkungen zurückzuführen ist, von denen die Vorwendegenerationen ganz unmittelbar betroffen waren.

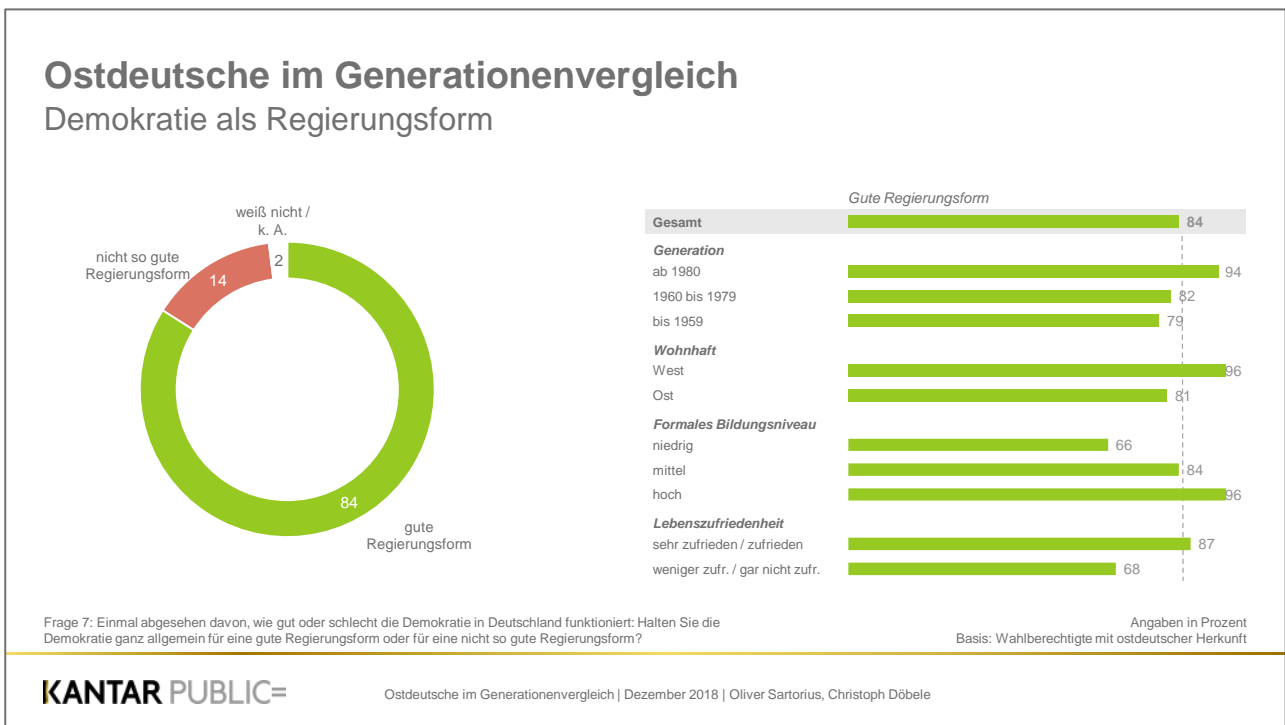
Der Wohnorteffekt sollte vielmehr durch eine ökonomische Komponente (höheres Einkommen im Westen) und womöglich auch mit einem Gefühl relativer Deprivation und Benachteiligung erklärbar

¹³ Wahlberechtigte Bevölkerung: sehr zufrieden 14%, zufrieden 56%, weniger zufrieden 23%, gar nicht zufrieden 7%. Quelle: infratest dimap 2017: DeutschlandTrend September III.

¹⁴ Bis Jahrgang 1979.

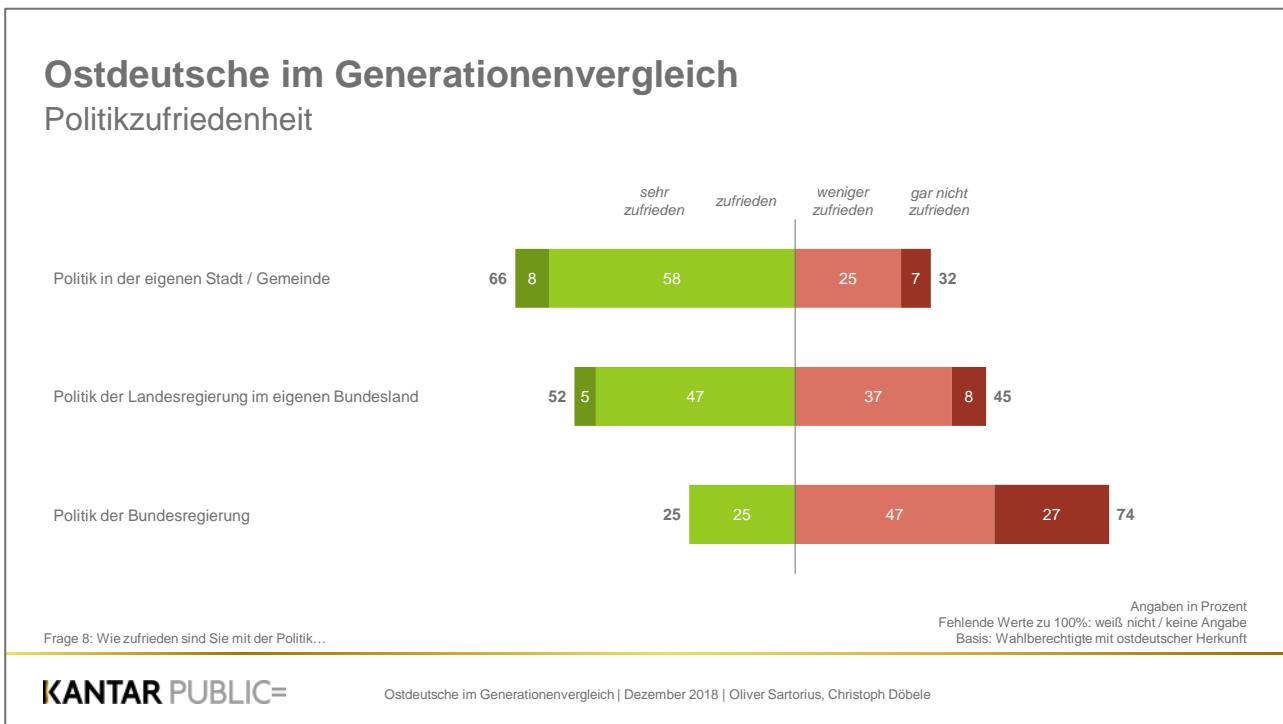
sein. Die relative Deprivation bezieht sich jedoch, wie zuvor erläutert, weniger auf die ökonomische Sichtweise, sondern im Umkehrschluss mehr auf eine gefühlte (politische und ökonomische) Benachteiligung in Folge des Anschlusses an das politische System der Bundesrepublik ohne die Möglichkeit zur Mitgestaltung und vermutlich häufig einem Gefühl der Nichtanerkennung der eigenen Lebensleistung. Diese Unzufriedenheit wird wiederum auf das konkrete politische System übertragen.

Diese These wird dadurch bekräftigt, dass die Kritik an der Funktionsweise der Demokratie in Deutschland jedoch nicht mit einer grundsätzlichen anti-demokratischen Haltung gleichzusetzen ist. Die Befragten unterscheiden zwischen der Demokratie als abstrakter Regierungsform und der spezifischen institutionellen Ausgestaltung innerhalb Deutschlands. Eine große Mehrheit von 84 Prozent bezeichnet die Demokratie grundsätzlich als gute Regierungsform. Nur eine Minderheit von 14 Prozent findet die Demokratie an sich weniger gut.



Hier zeigt sich erneut ein wesentlicher Unterschied zwischen den Generationen. Während nahezu alle Befragten der Nachwende-Generation die Demokratie als gute Regierungsform sehen, sind es bei den beiden Vorwende-Generationen „nur“ vier von fünf Personen (81%). Ähnliche Unterschiede zeigen sich für West (96%) und Ost (81%). Bildung, Einkommen und die persönliche Lebenszufriedenheit haben auch hier einen positiven Effekt auf die Sichtweise der Demokratie. Unter Befragten, die sich für Politik interessieren und sich damit stärker auseinander setzen, sehen neun von zehn Personen die Demokratie als gute Regierungsform an (90%). Bei politisch Desinteressierten sind es nur drei Viertel (76%). Trotz der Niveau-Unterschiede zwischen der konkreten Demokratiezufriedenheit und der Einstellung zur Demokratie als allgemeine Regierungsform, ist deutlich erkennbar, dass sich eine Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie negativ auf die Sichtweise der grundsätzlichen Idee von Demokratie auswirkt (95% vs.78%).

Die Zufriedenheit mit der konkreten Politik auf verschiedenen Ebenen, also mit dem sogenannten Output des politischen Systems¹⁵ der jeweiligen Ebenen ist bei den Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft sehr unterschiedlich verteilt. Grundsätzlich gilt: Je lokaler die politische Ebene, desto zufriedener sind die Befragten. Dies kann verschiedene Gründe haben, wie z.B. die einfachere Nachvollziehbarkeit und Transparenz politischer Entscheidungen auf kommunaler Ebene oder eine geringere Bindungskraft an und Einfluss von politischen Parteien vor Ort. Zufrieden mit der Arbeit auf lokaler Ebene sind zwei Drittel der Befragten (66%), auf Landesebene immerhin noch die Hälfte (52%) und auf Bundesebene nur noch jeder vierte Befragte (25%). Hier ist besonders auffällig, dass niemand *sehr zufrieden* ist, sondern nur *zufrieden*. Ein weiterer Faktor der geringen Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung ist sicherlich die zum Zeitpunkt der Erhebung auch unter allen Wahlberechtigten insgesamt sehr schlechte Bewertung der Regierungskonstellation aus CDU/CSU und SPD.¹⁶



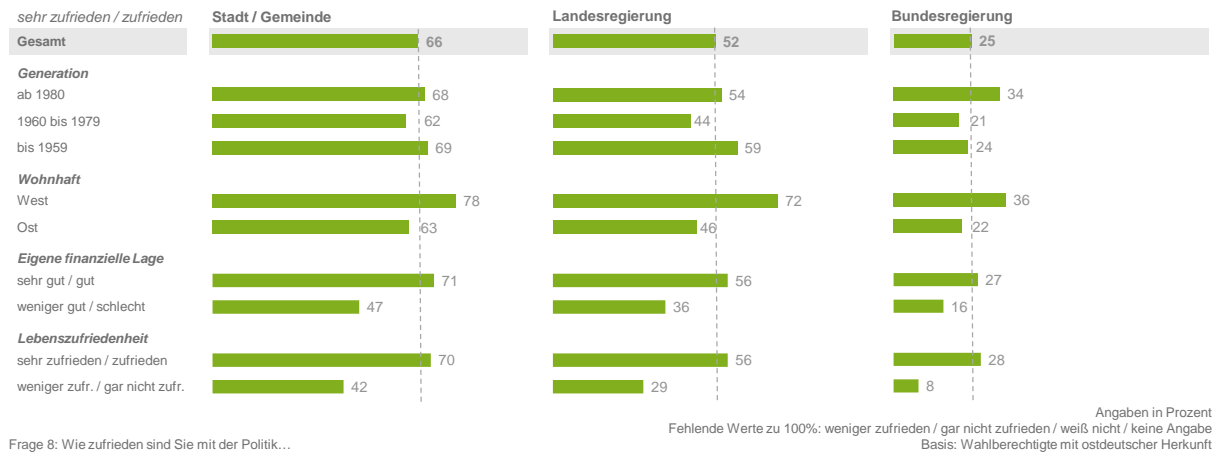
Lineare Alterseffekte sind auf keiner Ebene zu erkennen. Interessant ist jedoch, dass die Nachwende-Generation (34%) spürbar zufriedener mit der Bundespolitik ist als die beiden Vorwende-Generationen (22%). Befragte, die im Westen wohnen sind auf allen Ebenen zufriedener mit dem politischen Output (Kommunal: West 78% vs. Ost 63%; Land: West 72% vs. Ost 46%; Bund: West 36% vs. Ost 22%). Einkommen und Zufriedenheit mit dem eigenen Leben wirken sich jeweils positiv auf die Politikzufriedenheit aus, die Differenzen bewegen sich jedoch auf dem grundsätzlichen Zustimmungsniveau der jeweiligen Ebene. Menschen, die in kleinen Gemeinden leben, haben einen höheren Bezug zur Lokalpolitik und sind mit dieser dadurch häufiger zufrieden (71%) als Bewohner großer Städte (58%). Eine starke Korrelation gibt es auf allen Ebenen mit der Demokratiezufriedenheit. Dies ist wenig überraschend, beide Einstellungen sollten sich gegenseitig bedingen. Wer mit der institutionellen Ausgestaltung der Demokratie unzufrieden ist, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit systemisch bedingte Politikdefizite identifizieren. Wer andererseits mit dem politischen Output, egal auf welcher Ebene auf Dauer unzufrieden ist, wird diese Unzufriedenheit

¹⁵ Vgl. David Easton 1965: A Systems Analysis of Political Life, New York.

¹⁶ Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung: (sehr) zufrieden: 24%; weniger/gar nicht zufrieden: 76%. Quelle: DeutschlandTrend Oktober 2018, Infratest dimap.

früher oder später auf das institutionelle System übertragen und Funktionsdefizite sehen, die im weiteren Verlauf bis zur Skepsis der Demokratie an sich führen können.

Ostdeutsche im Generationenvergleich Politikzufriedenheit



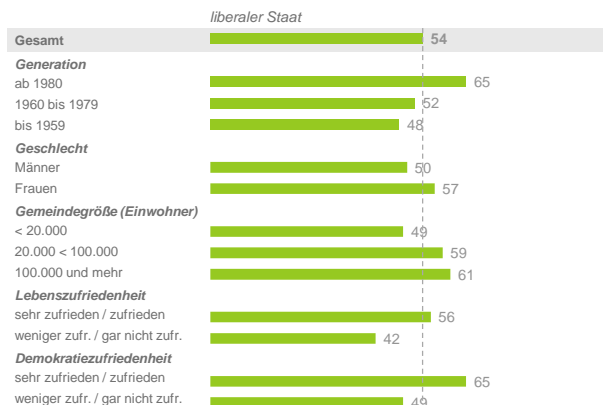
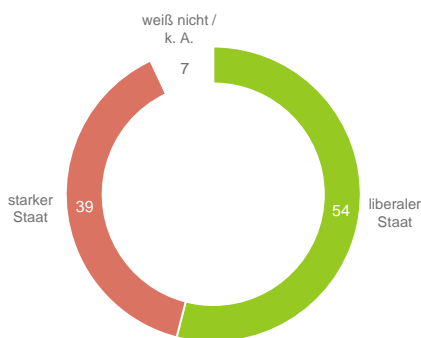
Frage 8: Wie zufrieden sind Sie mit der Politik...

KANTAR PUBLIC=

Ostdeutsche im Generationenvergleich | Dezember 2018 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

Gefragt nach einem starken oder liberalen Staat, favorisiert eine Mehrheit von 54 Prozent einen liberalen Staat, der einen Rahmen vorgibt, dem Einzelnen aber auch viele Freiheiten lässt. Einen starken Staat, der seine Regeln und Gesetze konsequent durchsetzt wäre vier von zehn Befragten (39%) lieber.

Ostdeutsche im Generationenvergleich Favorisierte Staatsform



Frage 9: Es gibt ja unterschiedliche Staatsformen. Welche Staatsform wäre Ihnen am liebsten: Ein starker Staat, der seine Regeln und Gesetze konsequent durchsetzt oder ein liberaler Staat, der einen Rahmen vorgibt, dem Einzelnen aber auch viele Freiheiten lässt?

Angaben in Prozent
Basis: Wahlberechtigte mit ostdeutscher Herkunft

KANTAR PUBLIC=

Ostdeutsche im Generationenvergleich | Dezember 2018 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

In den Teilgruppen zeichnet sich insbesondere eine Unterstützung der liberalen Staatsform bei der Nachwende-Generation ab (65%). In den beiden Vorwende-Generationen stimmt insgesamt nur die Hälfte der Befragten diesem Staatsmodell zu (50%). Der geringe Unterschied innerhalb der Vorwende Generationen und der deutliche Abstand zur Nachwende-Generation sprechen gegen einen Alterseffekt sondern offenbaren die Möglichkeit eines Sozialisationseffekts. Wer in einem autoritären Staat aufgewachsen ist, der seine Regeln und Gesetze mit Nachdruck durchsetzt, tendiert offenbar auch in der Demokratie eher dazu, dass die (neuen) Regeln durchgesetzt werden sollen und - wenn nötig - dafür Freiheitsgrade eingeschränkt werden müssen.

Zwischen den in Ost- und Westdeutschland lebenden Befragten gibt es bei der Befürwortung des liberalen Staates keine signifikanten Unterschiede. Interessant ist jedoch, dass sich die Befürwortung des starken Staates dennoch unterscheidet (West: 32% vs. Ost: 41%). Dies liegt daran, dass der Anteil an un schlüssigen Befragten im Westen mit 11 Prozent deutlich höher ist als im Osten (3%). Hier könnte im Westen theoretisch die Frage nach sozialer Erwünschtheit eine Rolle bei der Beantwortung spielen.

Menschen auf dem Land scheinen autoritärer eingestellt als urbane Bewohner: Während nur die Hälfte der Dorfbewölkerung den liberalen Staat favorisiert (49%), sind es in Großstädten sechs von zehn Befragten (61%). Die Zustimmung zu einem starken Staat verläuft diametral dazu. Lebens- und Demokratiezufriedenheit korrelieren beide stark positiv mit den Vorstellungen einer liberalen Staatsform. Für die Demokratiezufriedenheit ist die Richtung des Zusammenhangs an dieser Stelle unklar. Es wäre möglich, dass Befragte, die das Funktionieren der Demokratie in Deutschland gut bewerten, auf Grundlage dieser Erfahrung einen liberalen Staat befürworten. Andersherum kann die Befürwortung eines liberalen Staates auch die Zufriedenheit mit der institutionellen Ausgestaltung des politischen Systems in Deutschland positiv beeinflussen, sofern – ceteris paribus – diese Ausgestaltung als liberal wahrgenommen wird.

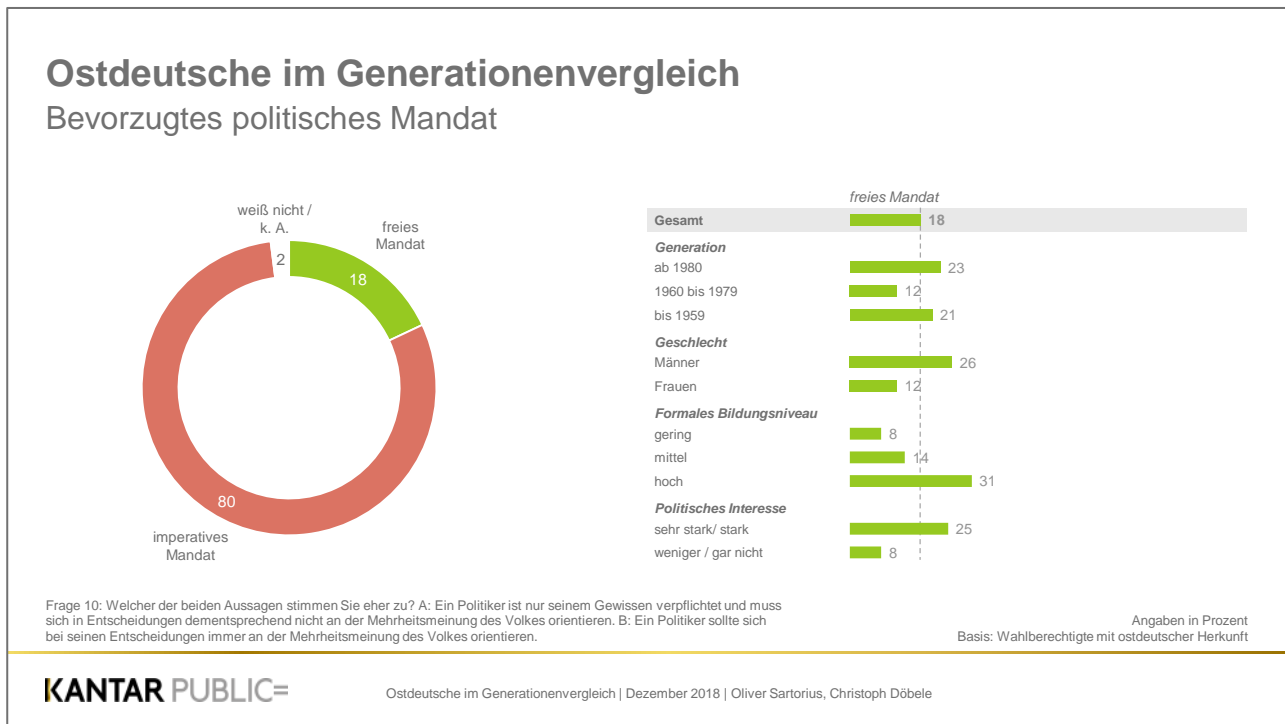
Wahlberechtigte mit ostdeutscher Herkunft haben eine klare Vorstellung über das politische Mandat in einer Demokratie. Vier Fünftel sprechen sich für ein imperatives Mandat aus (80%), d.h. Politiker sollten sich bei ihren Entscheidungen immer an der Mehrheitsmeinung des Volkes orientieren, da sie von diesem gewählt werden.¹⁷ Nur etwa ein Fünftel favorisiert ein freies Mandat (18%), nach dessen Definition Abgeordnete nur ihrem Gewissen verpflichtet sind und sich dementsprechend nicht an der Mehrheitsmeinung des Volkes orientieren müssen. Anders formuliert, lehnt eine große Mehrheit der Befragten die repräsentative Ausgestaltung des politischen Mandats in der Bundesrepublik Deutschland ab.¹⁸ Inwieweit dieser Präferenz politisches Wissen bezüglich der Funktion und demokratietheoretischen Begründung der Mandatsgestaltung zugrunde liegt, muss an dieser Stelle offen bleiben. Es scheint aber so zu sein, dass es in weiten Teilen der Bevölkerung eine quasi-natürliche Grundhaltung gibt, wonach der gewählte Abgeordnete als Repräsentant des Volkes dessen Willen zu vertreten habe. Leider liegen uns diesbezüglich keine Vergleichszahlen für die Gesamtbevölkerung zur besseren Einordnung vor.

Die Generationenanalyse spricht jedenfalls gegen Sozialisationseffekte des politischen Systems, da sowohl die Nachwende-Generation (23%), als auch die älteste Generation bis Jahrgang 1959 (21%) in gleichem Maße ein freies Mandat befürworten. Die mittlere Generation spricht sich dagegen (noch) seltener für weisungsungebundene Abgeordnete aus (12%). Da auch (lineare) Alterseffekte keine Erklärung für diese Einstellungsunterschiede liefern können, hängt die unterschiedliche Bewertung der mittleren Generation möglicherweise mit der Gruppenstruktur und ihren

¹⁷ Wie diese Mehrheitsmeinung im Einzelfall, z.B. bei komplexen Sachfragen, ermittelt werden kann, ist nicht Ziel dieser Studie.

¹⁸ Grundgesetz, Artikel 38, Absatz 1.

Lebensumständen zusammen. Der – neben dem Alter – einzig strukturelle Unterschied dieser Altersgruppe im Vergleich zu der jüngeren und älteren ist eine höhere Erfahrung von Arbeitslosigkeit seit 1990¹⁹. Möglicherweise haben die besonderen Umbrucherfahrungen dieser Generation und die damit verbundenen Enttäuschungen zu einer gewissen Eliten-Distanz geführt, welche durch die Forderung nach einer starken Orientierung am Volkswillen zum Ausdruck kommt.



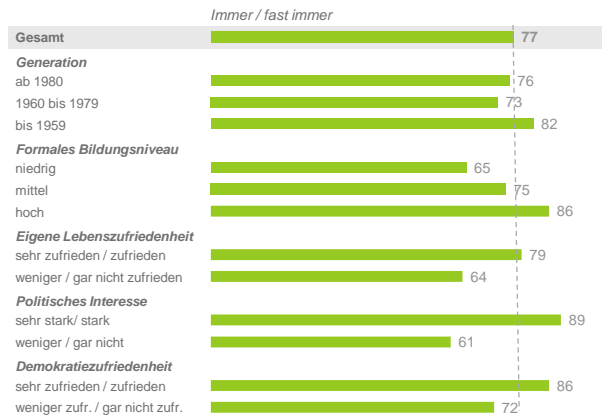
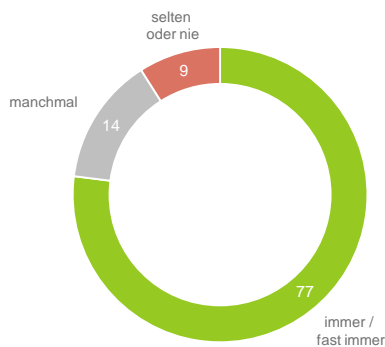
Darüber hinaus steigt die Zustimmung zum freien Mandat mit steigender Bildung. Die Vermutung liegt nahe, dass die Hintergründe eines freien Mandats mit höherer formaler Bildung besser bekannt sind bzw. nachvollzogen werden können. Bemerkenswerterweise gibt es einen spürbaren Unterschied zwischen Männern (26%) und Frauen (12%). Dies könnte mit dem unterschiedlichen Maß an politischem Interesse zwischen den Geschlechtern erklärbar sein: Dieses determiniert die Zustimmung zwischen freiem und imperativem Mandat in gleicher Weise. Ähnlich wie zuvor sehen wir auch hier Unterschiede zwischen Stadt- (23%) und Landbevölkerung (13%), die vermutlich ebenfalls auf das unterschiedliche politische Interesse beider Gruppen zurückzuführen sind.

Rund drei Viertel der befragten ostdeutschen Wahlberechtigten gehen laut eigener Aussage immer oder fast immer zur Wahl (77%), unabhängig von der Wahlebene. Jeder Siebte gibt an, nur manchmal (14%) und jeder Zehnte, selten oder gar nicht (9%) wählen zu gehen. Dabei sind die erwartbaren Zusammenhänge mit Alter und Bildung sichtbar: Die Wahlteilnahme steigt sowohl mit Alter, als auch – noch deutlicher – mit Bildung an. Geschlechter- bzw. Ost-West-Unterschiede sind kaum zu erkennen. Ein höheres Einkommen korreliert positiv mit der Wahlteilnahme. Dieser Effekt korreliert allerdings seinerseits in starkem Maße mit dem formalen Bildungsgrad.

¹⁹ Auch Bildung und Einkommen unterscheiden sich, folgen aber einem klaren Alterseffekt und können dadurch keine Erklärungsleistung zu den vorliegenden Einstellungsunterschieden liefern.

Ostdeutsche im Generationenvergleich

Wahlteilnahme



Frage 11: Es gibt ganz allgemein ja verschiedene Arten von Wahlen, wie die Bundestagswahl, Landtagswahlen, Kommunalwahlen und die Europawahl. Welche dieser Aussagen trifft auf Sie persönlich am ehesten zu?

Angaben in Prozent
Basis: Wahlberechtigte mit ostdeutscher Herkunft

KANTAR PUBLIC=

Ostdeutsche im Generationenvergleich | Dezember 2018 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

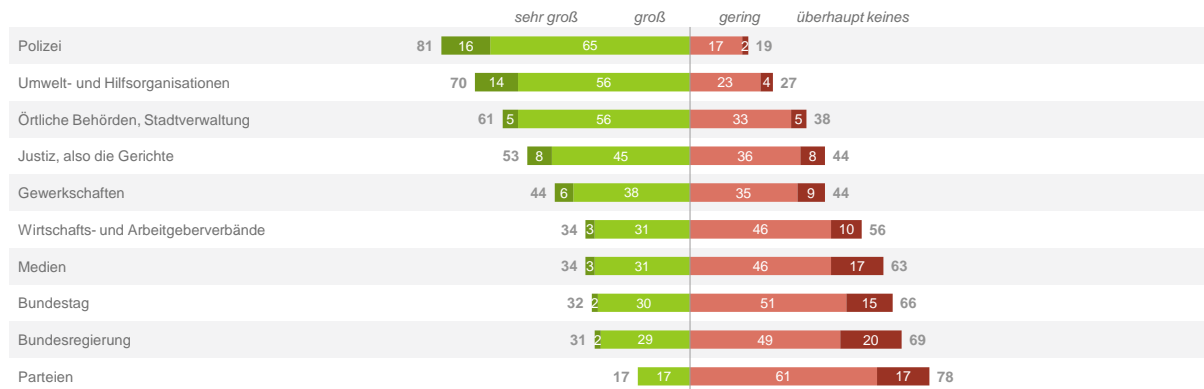
Neben den soziodemographischen Faktoren besitzt die Erfahrung von Arbeitslosigkeit einen negativen Effekt auf die Wahlteilnahme. Wer seit 1990 einmal arbeitslos war, geht signifikant seltener zur Wahl als Personen ohne einen solchen Lebensereignis. Die Vermutung liegt nahe, dass die Politik insgesamt für die persönliche Lage in Verantwortung gezogen wird und sich bei den Befragten dadurch eine tendenziell defätistische Haltung etabliert hat, die zur Nicht-Partizipation am politischen System führt. Die Teilnahme am demokratischen Prozess hängt zudem stark vom politischen Interesse ab: Während neun von zehn politisch Interessierten (fast) immer wählen gehen (89%), sind es nur sechs von zehn politisch Uninteressierten (61%). Wenig überraschend korrelieren auch die Demokratiezufriedenheit sowie die konkrete Politikzufriedenheit positiv mit der Wahlteilnahme. Wer mit dem System und seinem Output nicht zufrieden ist, bleibt der Urne tendenziell fern.

Die Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft vertrauen den öffentlichen und privaten Institutionen in Deutschland in sehr unterschiedlichem Ausmaß. **Exekutivorgane**, mit Ausnahme der Bundesregierung, bekommen dabei das meiste Vertrauen. Acht von zehn Befragten haben (sehr) großes Vertrauen in die Polizei (81%), sechs von Zehn in die örtlichen Behörden und Verwaltungen (61%). Der **Judikative**, also Justiz und Gerichten vertraut rund die Hälfte der Befragten (53%). Unter den **Nicht-Staatlichen-Institutionen** genießen Umwelt- und Hilfsorganisationen das größte Vertrauen (70%). In Bezug auf die Gewerkschaften ist das Meinungsbild gespalten (44% großes Vertrauen, 44% geringes Vertrauen). Wirtschafts- und Arbeitgeberbänden vertraut nur eine Minderheit von 34 Prozent. Auch die Medien, inoffiziell häufig als vierte Gewalt bezeichnet, schneiden nicht besser ab (34%).

Genuin **politische Institutionen** wie Bundestag, Bundesregierung und Parteien rangieren auf den letzten Plätzen mit den geringsten Vertrauenszuschreibungen. Dem Bundestag (32%) und der Bundesregierung (31%) bringt nur je rund ein Drittel der Befragten (sehr) großes Vertrauen entgegen. Den Parteien sogar nur rund jeder Sechste (17%). In diesen Ergebnissen ist eine deutliche Politikdistanz erkennbar, die man durchaus als Vertrauenskrise des bestehenden politischen Systems bezeichnen kann.

Ostdeutsche im Generationenvergleich

Vertrauen in Institutionen



Frage 12: Bitte sagen Sie mir zu jeder Organisation bzw. Institution, die ich Ihnen vorlese, wie groß jeweils Ihr Vertrauen ist, das Sie dieser Organisation oder Institution entgegenbringen

Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht / keine Angabe
Basis: Wahlberechtigte mit ostdeutscher Herkunft

KANTAR PUBLIC=

Ostdeutsche im Generationenvergleich | Dezember 2018 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

Die Nachwende-Generation vertraut den genannten Institutionen insgesamt deutlich mehr als die Vorwende-Generationen. Ob dies an jugendlichem Optimismus oder einem Sozialisationseffekt der unterschiedlichen politischen Systeme liegt, kann an dieser Stelle nicht abschließend beantwortet werden. Die gleichen Anteile in den Vorwende-Generationen sprechen allerdings dafür, dass das geringere Vertrauen gegenüber Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften eher in der DDR-Sozialisationserfahrung und / oder den Erwartungsenttäuschungen nach der Wiedervereinigung begründet ist.

Bildung und Einkommen haben positive Effekte auf das Institutionenvertrauen der Befragten. Befragte, die im Westen leben, unterscheiden sich nur im Blick auf Polizei (+10 Prozentpunkte), Medien (+12 Prozentpunkte) und Wirtschafts-/Arbeitgeberverbände (+16 Prozentpunkte).

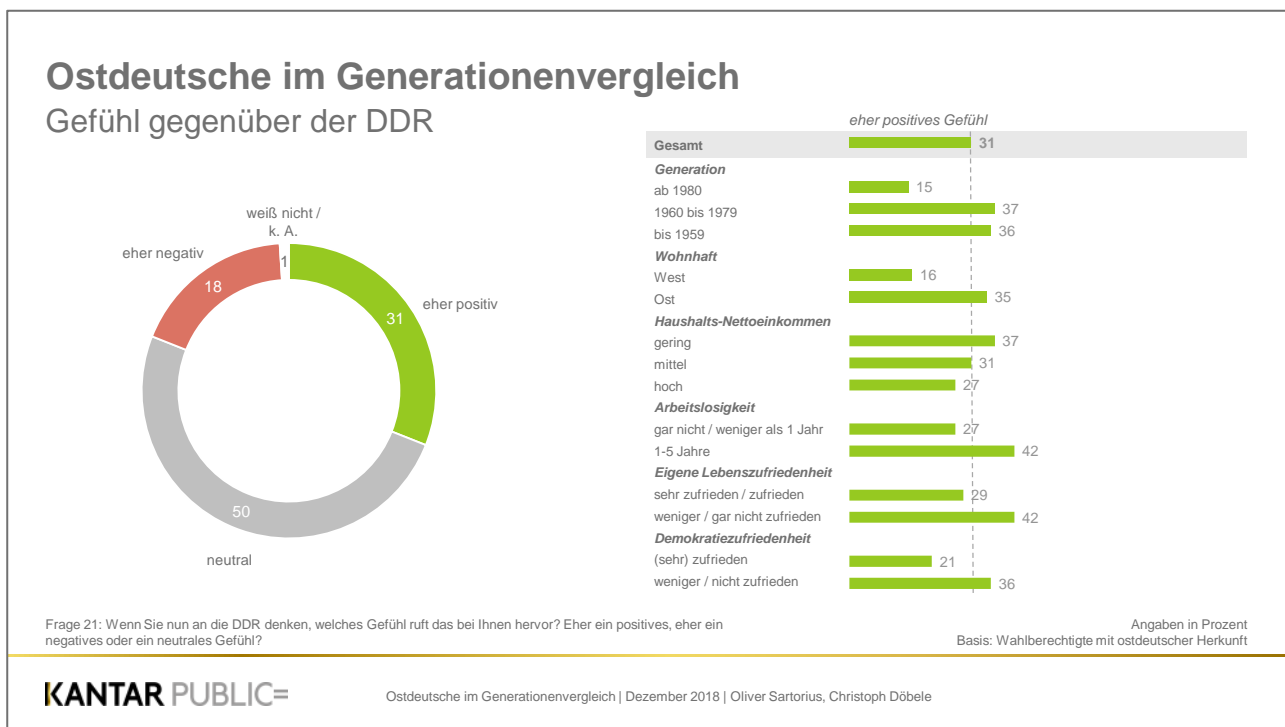
Das Vertrauen in die gelisteten Institutionen hängt auch von der Zufriedenheit der Befragten, sowohl mit dem eigenen Leben, als auch hinsichtlich Politik und Demokratie. Je zufriedener die Befragten sind, desto mehr Vertrauen haben sie. Dieser Effekt ist über alle Institutionen sichtbar.

Befürworter eines liberalen Staats und eines freien Mandats haben spürbar mehr Vertrauen in die Organe der Gewaltenteilung, den Bundestag, die Bundesregierung, die Justiz und darüber hinaus auch in die Parteien, wobei sich die Reihenfolge der Vertrauenszuschüsse nicht von den Gesamtergebnissen unterscheidet.

6. Einstellungen zu DDR und zur Wiedervereinigung

6.1. Einstellungen zur DDR

Knapp ein Drittel der Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft empfinden eher positiv gegenüber der DDR (31%). Bei etwa einem Fünftel rufen Gedanken an die DDR eher negative Gefühle hervor (18%). Die Hälfte der Befragten steht der DDR neutral gegenüber (50%).

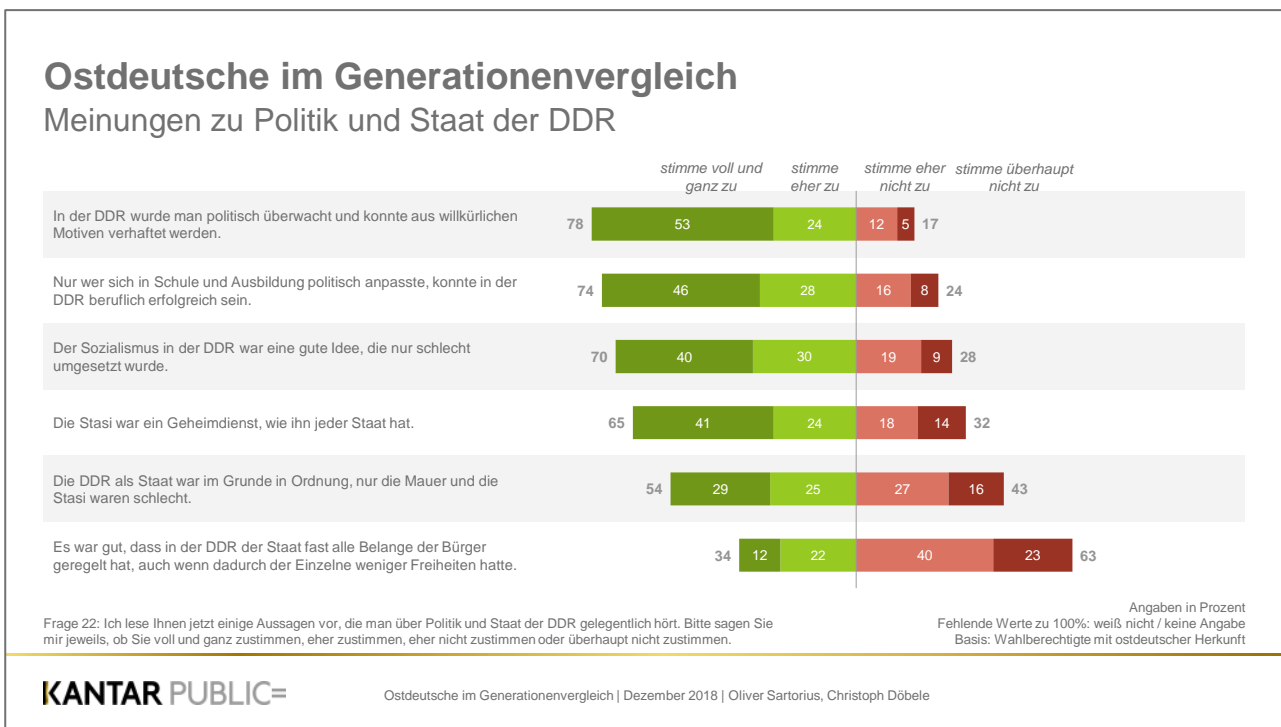


Die beiden Generationen, die die DDR noch aktiv miterlebt haben und in ihr sozialisiert wurden haben häufiger ein positives Gefühl (36%) als die Nachwende-Generation (15%). Die Nachwende-Generation steht der DDR jedoch nicht häufiger negativ gegenüber, sondern hat mit 66 Prozent besonders häufig eine neutrale Einstellung. Die Sozialisation im wiedervereinigten Deutschland führt also weniger zu einer DDR-Antipathie als vielmehr zu einer neutralen, eventuell auch indifferenten Haltung.

Befragte, die inzwischen im Westen leben, sehen die DDR seltener positiv (16%) als Befragte, die im Osten geblieben sind (35%). Mit steigender formaler Bildung nimmt das positive Gefühl gegenüber der DDR ab und die neutrale Einstellung nimmt zu. Wer seit 1990 bereits länger als ein Jahr arbeitslos war, beurteilt die DDR signifikant besser. Dies scheint plausibel, da es Arbeitslosigkeit im sozialistischen Wirtschaftssystem DDR so nicht gab bzw. die individuellen biographischen Bruch-Erfahrungen in direktem Zusammenhang mit der Vereinigung stehen. Eine Tendenz zur DDR-Nostalgie zeigt sich darüber hinaus verstärkt bei Unzufriedenen, sei es mit dem

eigenen Leben (42%) oder mit der Demokratie in der BRD (36%). Dieser Befund wird gestützt durch die 43 Prozent der Nichtwähler, die die DDR positiv sehen - auch diese Gruppe zeichnet sich durch eine mehrheitliche Unzufriedenheit gegenüber dem derzeitigen politischen System, seinen Repräsentanten und den politischen Lösungen aus.

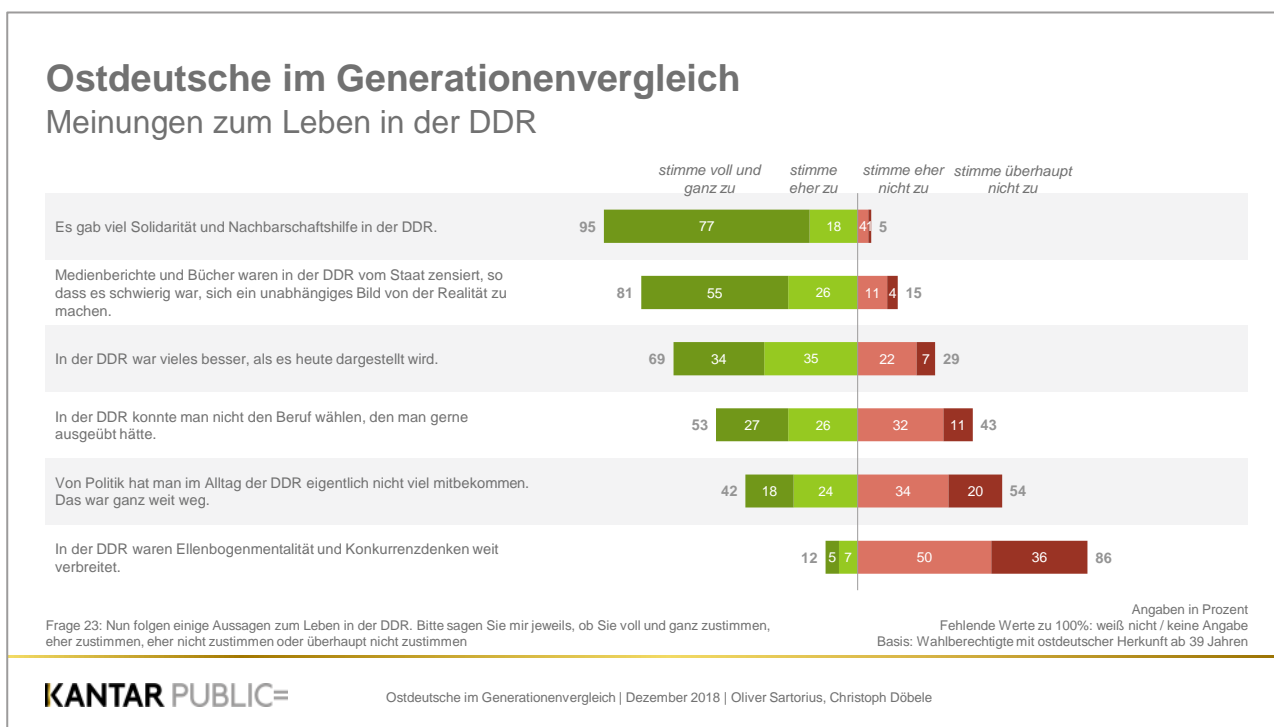
Zu **Politik und Staat in der DDR** haben die Befragten ein differenziertes Meinungsbild: **Individuelle Freiheitsrechte** im Sozialismus ostdeutscher Prägung werden dabei am kritischsten betrachtet. Jeweils drei Viertel stimmen zu, dass man in der DDR politisch überwacht wurde (78%) und dass man sich in Schule und Ausbildung politisch anpassen musste, um beruflich erfolgreich zu sein (74%). Den **Sozialismus** insgesamt bewerten die ostdeutschen Wahlberechtigten ambivalent: Zwar sind sieben von zehn Befragten der Meinung, der Sozialismus sei eine gute Idee, die nur schlecht umgesetzt wurde (70%). Allerdings findet nur ein Drittel den umfassenden Anspruch des Sozialismus gut, dass sich der Staat in der DDR um alle Belange der Bürger kümmerte, auch wenn das zu weniger Freiheiten für den Einzelnen geführt hat (34%). Hinsichtlich der **Stasi** schätzen zwei Drittel die Stasi als normalen Geheimdienst ein, wie es ihn in jedem Staat gibt (65%). Gut die Hälfte findet, dass die DDR als Staat insgesamt in Ordnung gewesen sei, selbst wenn Stasi und Mauer schlecht waren (54%).



Die Teilgruppenanalyse zeigt, dass Befragte, die im Westen leben alle Aussagen kritischer bewerten als Personen, die im Osten geblieben sind – mit Ausnahme, dass die Stasi ein normaler Geheimdienst gewesen sei. So sehen z.B. mehr Befragte im Westen die politische Verfolgung und willkürliche Verhaftung (+15 Prozentpunkte) und bewerten die Idee des Sozialismus deutlich negativer (-18 Prozentpunkte). Sie sind Politik und Staat der DDR gegenüber insgesamt kritischer eingestellt. Hierfür gibt es zwei mögliche Erklärungen. Entweder war diese Personengruppe schon immer kritischer eingestellt und hat das Gebiet der ehemaligen DDR deshalb nach dem Mauerfall verlassen. Oder das Leben in Westdeutschland hat die Skepsis gegenüber der DDR vergrößert. Auch die Gruppenstruktur kann eine Rolle spielen. Die Befragten in Westdeutschland sind im Vergleich leicht höher gebildet, im Durchschnitt ein wenig jünger, etwas weiblicher, verdienen besser und haben kürzere Phasen von Arbeitslosigkeit erlebt. Vermutlich ist es eine Kombination aus allen drei Faktorenbündeln.

Zwischen den Generationen zeigen sich teilweise erhebliche Differenzen. Die Vorwende-Generationen sind dabei durch die DDR-Erfahrungen geprägt. Bei der Bewertung des Sozialismus als Idee unterscheiden sich diese klar von der Nachwende-Generation (+17 Prozentpunkte). Auch die damit verbundene komplette Regulierung der Belange der Bürger durch den Staat bewerten die Vorwende-Generationen spürbar positiver (+12 Prozentpunkte). Bei der Einschätzung der politischen Überwachung in der DDR zeigt sich jedoch eher ein Alterseffekt (jüngste Generation: 92% Zustimmung; mittlere Generation: 82%; älteste Generation: 63%). Wer sich mit Politik beschäftigt, bewertet die DDR in vielen Fragen negativer, wer aktuell mit der Demokratie unzufrieden ist, sieht im politischen System der DDR eher eine Alternative und bewertet dieses dementsprechend signifikant besser.

Hinsichtlich des **Lebens** in der **DDR** betonen die Befragten vor allem **solidarische Aspekte**.²⁰ Nahezu alle Befragten betonen die Solidarität und Nachbarschaftshilfe in der DDR (95%). In gleichem Maße verneinen sie Ellenbogenmentalität und Konkurrenzdenken (12% Zustimmung). Das tägliche Leben war jedoch auch von **medialer Zensur** geprägt (81%). Die Hälfte der ostdeutschen Wahlberechtigten ist der Meinung, man konnte in der DDR nicht den Beruf wählen, den man gerne ausgeübt hätte (53%). Viele Befragte verbinden mit der **DDR positive Erinnerungen**. So sagen sieben von Zehn, dass in der DDR vieles besser war, als es heute dargestellt wird (69%) und vier von Zehn meinen, man hätte von der Politik im Alltag gar nicht viel mitbekommen (42%).



Der Ost-West Vergleich zeigt ein ähnliches Bild wie bei der Bewertung von Politik und Staat in der DDR. Wer in den Westen gezogen ist, beurteilt das Leben in der DDR im Durchschnitt kritischer. Zwischen den beiden Generationen der Vorwende gibt es nur geringe Unterschiede. Auch Geschlechter und Bildungsunterschiede zeigen sich kaum, Hochgebildete Menschen stimmen jedoch seltener zu, im Alltag nichts von Politik mitbekommen zu haben (-16 Prozentpunkte im Vergleich zu niedriger Bildung). Menschen, die seit 1990 mehr als ein Jahr arbeitslos waren, stimmen häufiger zu, dass in der DDR vieles besser war, als heute dargestellt (+15 Prozentpunkte).

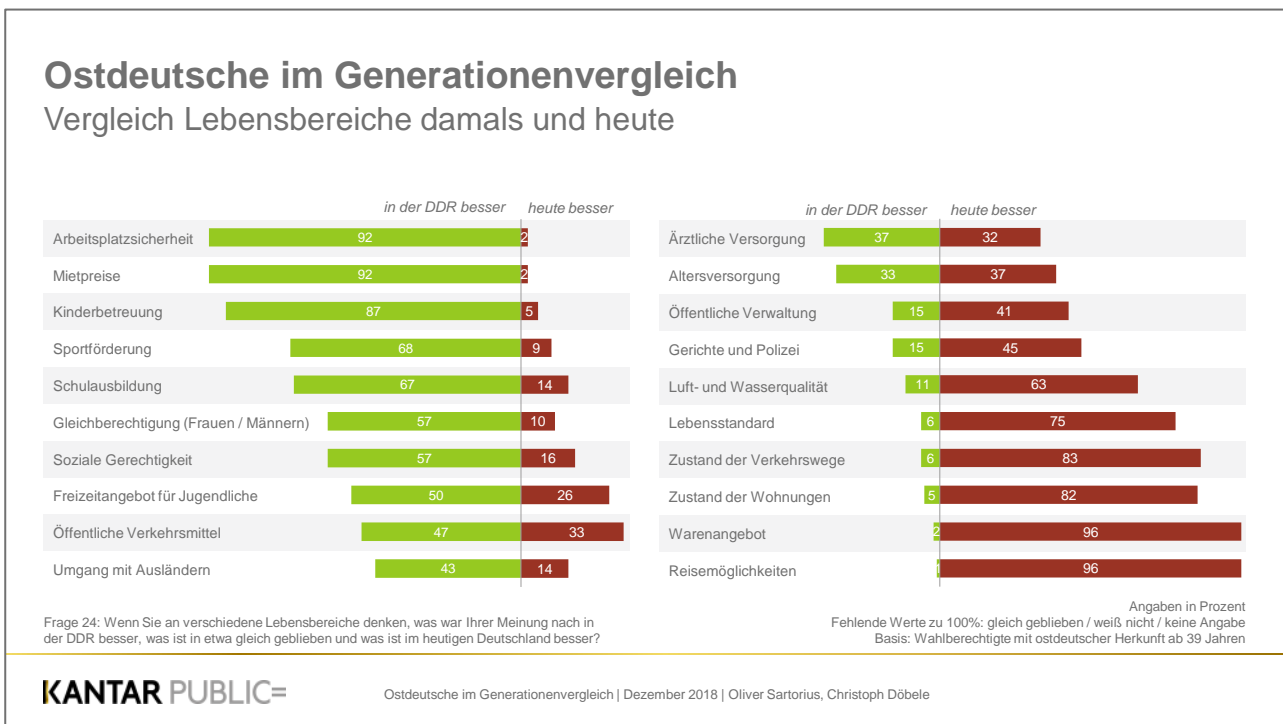
²⁰ Da die Nachwende-Generation keine bzw. kaum eigene Lebenserfahrung in der DDR vorweisen kann, wurde diese Frage nur an Personen der mittleren und älteren Generation gestellt. Die Basis dieser Frage sind somit Wahlberechtigte mit ostdeutscher Herkunft ab 39 Jahren.

Dies dürfte unmittelbar mit der Erfahrung der Arbeitslosigkeit im wiedervereinigten Deutschland zu tun haben und damit indirekt mit dem Gefühl der Entwertung der eigenen Biographie.

Die Arbeitsplatzsicherheit spielt auch beim **Vergleich** verschiedener **Lebensbereiche** zwischen DDR und Bundesrepublik eine herausragende Rolle. Eine große Mehrheit von 92 Prozent sieht die Arbeitsplatzsicherheit in der **DDR** als **besser** an. Ebenfalls besser in der DDR waren laut Befragten die Mietpreise (92%), Kinderbetreuung (87%), Sportförderung (68%), Schulausbildung (67%), Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau (57%) sowie die soziale Gerechtigkeit (57%). Eine relative Mehrheit der Befragten ist zudem der Meinung, dass Freizeitangebote für Jugendliche (50%), die öffentlichen Verkehrsmitteln (47%) und der Umgang mit Ausländern (43%) in der DDR besser waren als es heute der Fall ist.

Andere Lebensbereiche werden **heute im vereinten Deutschland** mehrheitlich **besser** bewertet: Diesbezüglich wird quasi uneingeschränkt auf die Reismöglichkeiten (96%) sowie das Warenangebot (96%) verwiesen. Der Zustand der Verkehrswege (83%) und der Wohnungen (82%), der allgemeine Lebensstandard (75%) sowie die Luft- und Wasserqualität (63%) werden von einer absoluten, Gerichte und Polizei (45%) sowie die öffentliche Verwaltung (41%) von einer relativen Mehrheit besser beurteilt.

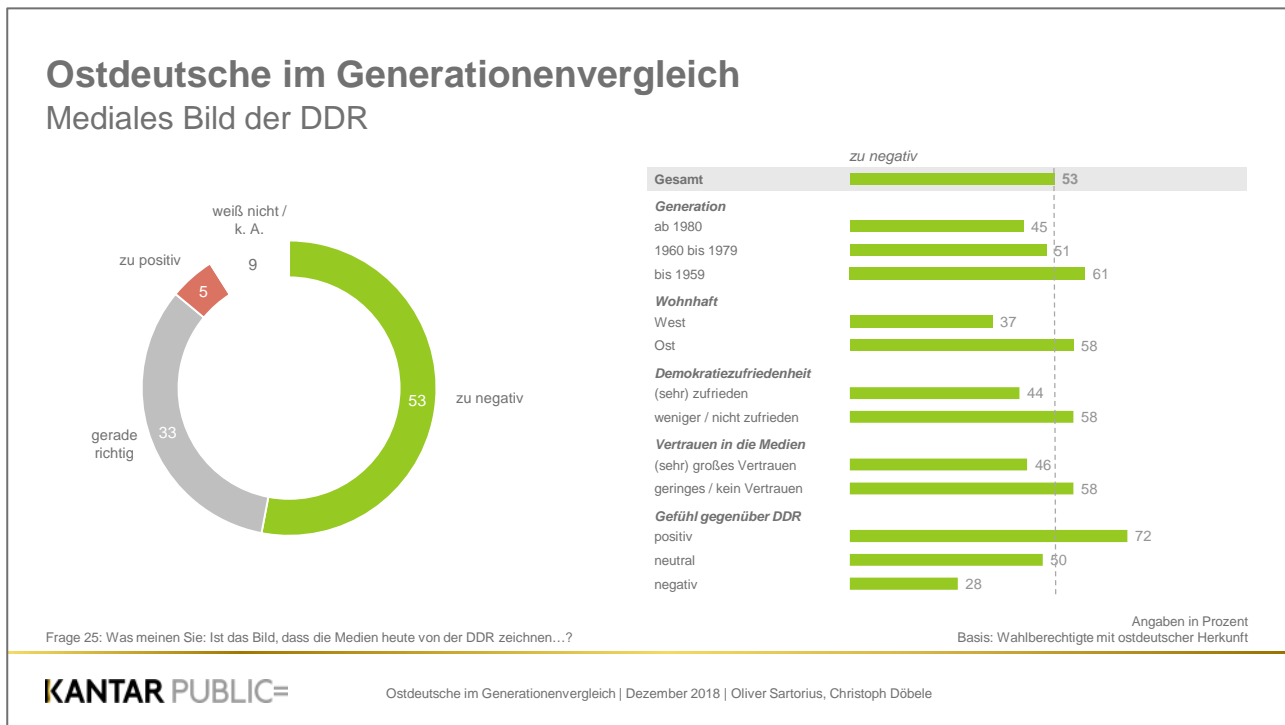
Hinsichtlich der ärztlichen Versorgung (DDR besser: 37%, heute besser: 32%) und der Altersversorgung (DDR besser: 33%, heute besser: 37%) ist das Meinungsbild geteilt. Gewisse Lebensbereiche werden von relativ vielen Befragten auch als **vergleichbar** eingestuft: Hierzu zählen insbesondere die öffentliche Verwaltung (32%), Gleichberechtigung von Männern und Frauen (30%), die ärztliche Versorgung (29%), Gerichte und Polizei (26%) und der Umgang mit Ausländern (26%).



Die Wahrnehmung in den verschiedenen Teilgruppen ist je nach Lebensbereich unterschiedlich. Grundsätzlich zeigen sich zwischen den beiden Vorwende-Generationen jedoch kaum Unterschiede. Auch zwischen den Personengruppen, die heute im Osten oder Westen leben, sind nur teilweise Unterschiede erkennbar. Es kann eine allgemeine Tendenz festgestellt werden, dass

Befragte, die mit den aktuellen politischen Verhältnissen und/oder ihrem eigenen Leben unzufrieden sind, eine höhere Neigung haben, die genannten Lebensbereiche in der DDR besser zu bewerten. Die persönliche Unzufriedenheit wird somit auf das politische System übertragen und dieses deshalb im direkten Vergleich zum früheren politischen System entsprechend negativer eingestuft.

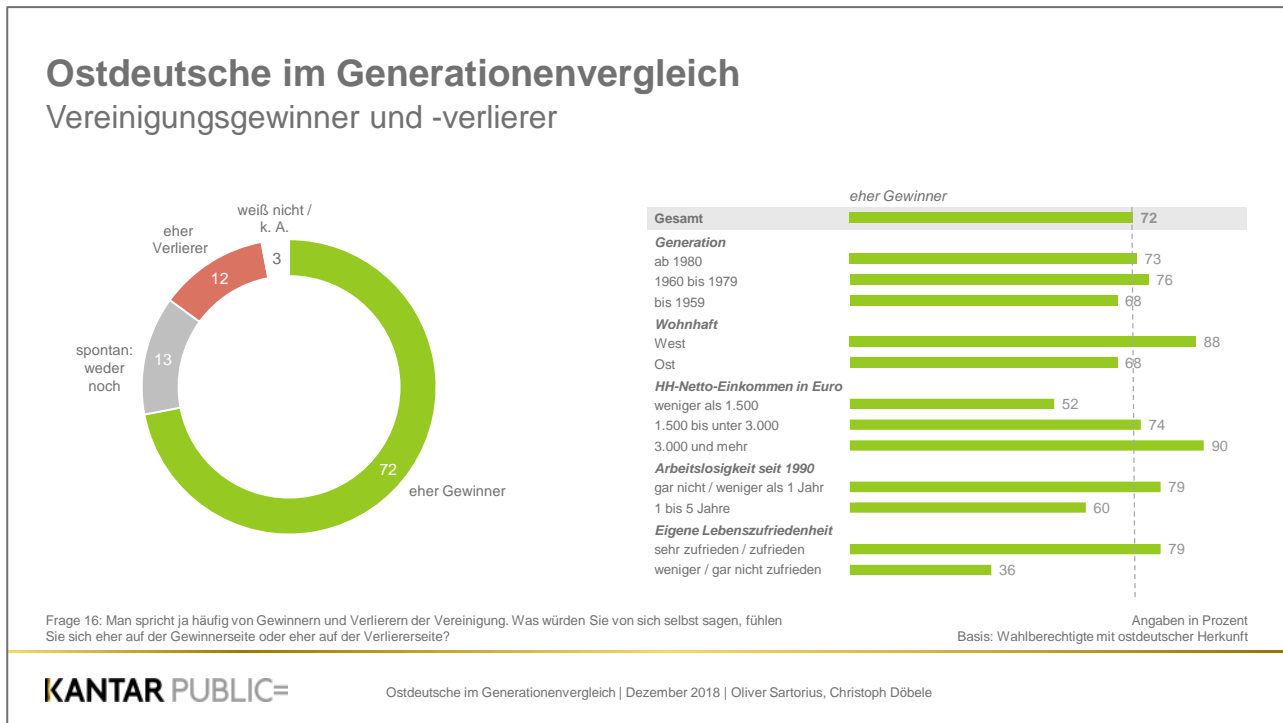
Wie die bisherige Analyse gezeigt hat, haben viele Befragte ein durchaus positives Bild der DDR. Insofern ist es nur konsequent, dass etwa die Hälfte der Befragten die Meinung teilt, dass die Medien heutzutage ein zu negatives Bild der DDR zeichnen (53%). Ein Drittel schätzt das vermittelte Bild dagegen als gerade richtig ist (33%). Nur ein Bruchteil von 5 Prozent findet das medial rekonstruierte Bild zu positiv.



Insbesondere ältere Befragte denken, dass das mediale Bild der DDR zu negativ ist (61%). In der Nachwende-Generation sind nur 45 Prozent dieser Meinung. Einen deutlichen Unterschied gibt es zwischen Befragten, die im Westen (37%) und die im Osten (58%) wohnen. Weitere Bestimmungsfaktoren sind Demokratiezufriedenheit, Vertrauen in die Medien sowie das eigene Gefühl gegenüber der DDR. Wer unzufrieden ist, glaubt auch, dass die Medien die DDR zu schlecht darstellen (+14 Prozentpunkte). Wer selbst kein Vertrauen in die Medien hat, der sieht den medialen Umgang mit der DDR ebenfalls kritischer (+12 Prozentpunkte). Wer selbst ein positives Gefühl gegenüber der DDR hat, der findet in höherem Maße, dass die Medien zu negativ über die DDR berichten (+44 Prozentpunkte im Vergleich zu Personen, die die DDR selbst negativ sehen). Die Beurteilung der medialen Berichterstattung folgt somit in starkem Maße der eigenen Einstellung bezüglich der DDR. Wenn das mediale Bild und die eigene Wahrnehmung nicht deckungsgleich sind, so setzt sich meist das eigene Weltbild durch (Vermeidung kognitiver Dissonanzen als klassisches wahrnehmungspsychologisches Muster).

6.2. Einstellungen zur Wiedervereinigung und den Folgen

Die Mehrheit der Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft sieht sich als Gewinner der Wiedervereinigung (72%). Nur etwas mehr als jeder Zehnte sieht sich als Verlierer (12%) und etwa genauso viele weder als Gewinner noch als Verlierer (13%). Für ein Viertel der Befragten hat sich die persönliche Lebenssituation seit der Wiedervereinigung zumindest gefühlt nicht verbessert.²¹



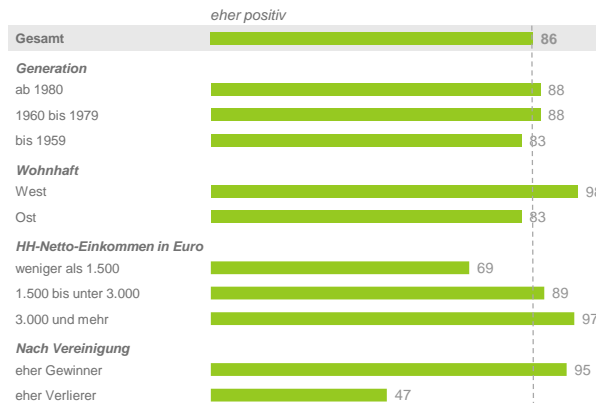
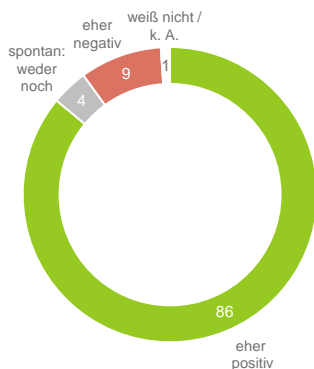
Zwischen den Generationen sind nur kleinere Unterschiede erkennbar. Insbesondere die älteste Generation zählt sich etwas weniger häufig zu den Gewinnern der Einheit. Die Einschätzung zu welcher Seite man gehört, hängt sehr stark von Bildung und Einkommen ab. Insbesondere wenn es finanziell gut geht, sieht sich häufiger als Einheitsgewinner. Wer hingegen längere Zeit arbeitslos war im wiedervereinigten Deutschland, der sieht sich häufiger als Verlierer. Insbesondere die eigene Lebenszufriedenheit, die unter anderem von Faktoren wie Einkommen geprägt ist, bestimmt die subjektive Zugehörigkeit zwischen Gewinnern und Verlierern.

Die allermeisten Befragten bewerten den Mauerfall 1989 positiv (86%). Gerade einmal jeder zehnte Befragte findet den Mauerfall und die damit verbundene Wiedervereinigung negativ (9%). 4 Prozent wägen ab und beziehen eine insgesamt neutrale Position. Erneut zeigt sich die älteste Generation kritischer, wenn auch nur sehr leicht (83%). Wer vom Osten in den Westen umgezogen ist, bewertet den Mauerfall noch einmal spürbar positiver (98%) als die Personen, die im Osten geblieben sind (83%). Bildung und Einkommen korrelieren mit der Bewertung des Mauerfalls stark positiv. Auch hier zeigen sich erneut Bewertungsunterschiede entlang des aktuellen Lebens der Befragten. Wer weniger verdient und unzufrieden mit seinem Leben und den politischen Verhältnissen ist, der bewertet den Mauerfall und die Wiedervereinigung signifikant schlechter. Besonders prägend ist dabei die eigene Wahrnehmung der Zugehörigkeit von Gewinnern (95%) und Verlierern (47%) der Einheit.

²¹ Vergleichszahlen von 2009 zeigen, dass sich Ostdeutsche häufiger als Gewinner der Einheit betrachten (65%) als Westdeutsche (41%). Auch wenn diese Zahlen nicht aktuell sind, gibt es Grund zur Annahme, dass sich das grundlegende Verhältnis in der Einschätzung zwischen Ost und West nicht verändert hat. Quelle: TNS Infratest 2009: 20 Jahre nach dem Mauerfall.

Ostdeutsche im Generationenvergleich

Bewertung Mauerfall



Frage 15: In diesem Jahr jährt sich zum 29. Mal der Mauerfall. Was meinen Sie: War die Wiedervereinigung für Deutschland alles in allem betrachtet eher positiv oder eher negativ?

Angaben in Prozent
Basis: Wahlberechtigte mit ostdeutscher Herkunft

KANTAR PUBLIC

Ostdeutsche im Generationenvergleich | Dezember 2018 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

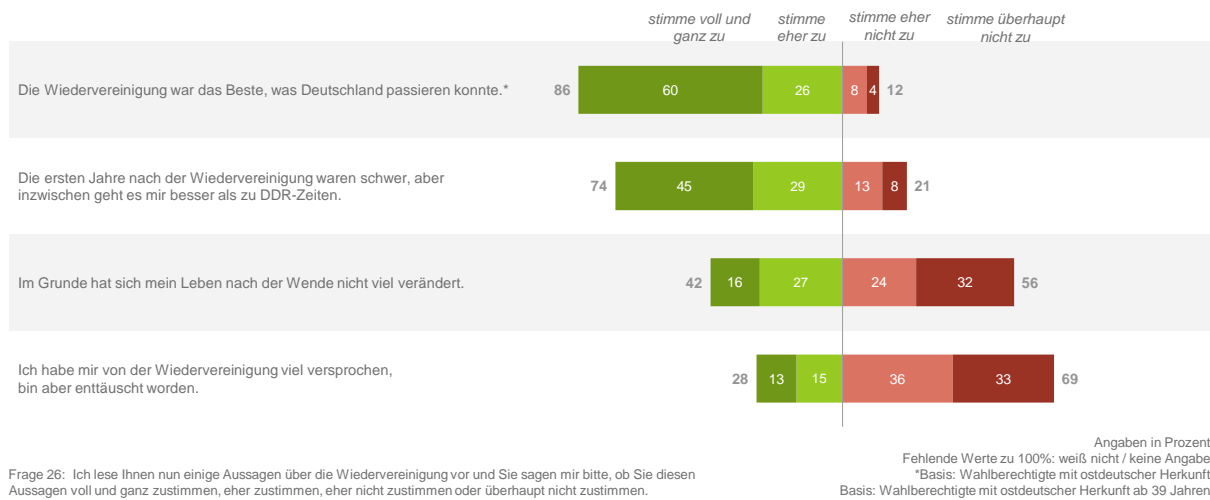
Auch im Detail wird die Wiedervereinigung sehr positiv bewertet. 86 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, die Wiedervereinigung sei das Beste, was Deutschland passieren konnte.²² Dabei ist den Befragten die Umstellung nach der Wiedervereinigung und der veränderten politischen Rahmenbedingungen durchaus bewusst. Drei Viertel geben an, die ersten Jahre nach der Einheit seien schwer gewesen, aber inzwischen gehe es ihnen besser als zu DDR-Zeiten (74%). Knapp die Hälfte der Befragten stimmt zudem der Aussage zu, dass sich ihr Leben im Zuge der Einheit kaum geändert habe (42%), während sich knapp drei von zehn ostdeutschen Wahlberechtigten von der Wiedervereinigung viel versprochen hatten, aber enttäuscht worden sind (28%).

Unterschiede zeigen sich zwischen den in Ost- und Westdeutschland Lebenden: Insbesondere sind Befragte im Osten viel häufiger von der Einheit und der nachfolgenden Entwicklung enttäuscht (+22 Prozentpunkte). Angehörige der ältesten Generation sagen zur Hälfte, dass sich ihr Leben nach der Einheit nicht groß verändert habe (53%), in der mittleren Generation stimmt dieser Aussage nur ein Drittel zu (33%). Da diese Generation bei der Wiedervereinigung zwischen 11 und 30 Jahre alt war, haben sie die massiven Veränderungen im Bildungssystem sowie in der Erwerbslandschaft voll getroffen. Auffällig ist, dass insbesondere formal niedrig Gebildete von der Einheit enttäuscht sind (46%). Passend dazu hatten sich auch Geringverdiener häufiger mehr von der Wiedervereinigung versprochen (43%). Erneut bestätigt sich, dass vor allem politische und persönliche Unzufriedenheit die Einstellung zur Wiedervereinigung in negativer Weise determinieren. Am stärksten korrelieren die Bewertung des Mauerfalls, die subjektive Zugehörigkeit zur Gewinner-/Verliererseite sowie das subjektive Gefühl gegenüber der DDR die Bewertung der Aussagen zur Wiedervereinigung. In der Gruppe der subjektiven Einheitsverlierer sagen z.B. drei Viertel, sie seien von der Einheit enttäuscht (72%), bei den subjektiven Gewinnern ist es lediglich jeder Fünfte (18%; - 54 Prozentpunkte).

²² Die Basis dieser Aussage sind alle Befragten. Die restlichen drei Statements dieser Frage wurden nur bei Personen der mittleren und älteren Generation (ab 39 Jahre) erhoben, da nur diese die Aussagen aufgrund ihres Alters bewerten können.

Ostdeutsche im Generationenvergleich

Aussagen zur Wiedervereinigung



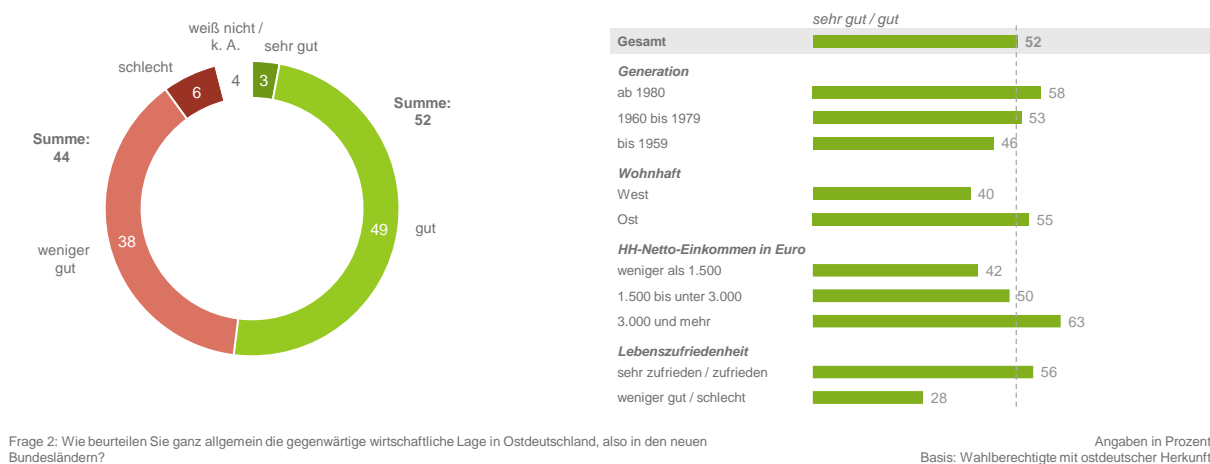
KANTAR PUBLIC=

Ostdeutsche im Generationenvergleich | Dezember 2018 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

Die derzeitige wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland wird nur von etwa der Hälfte der Befragten positiv bewertet (52%). 44 Prozent sehen diese jedoch als weniger gut bzw. schlecht an.

Ostdeutsche im Generationenvergleich

Wirtschaftliche Lage in Ostdeutschland



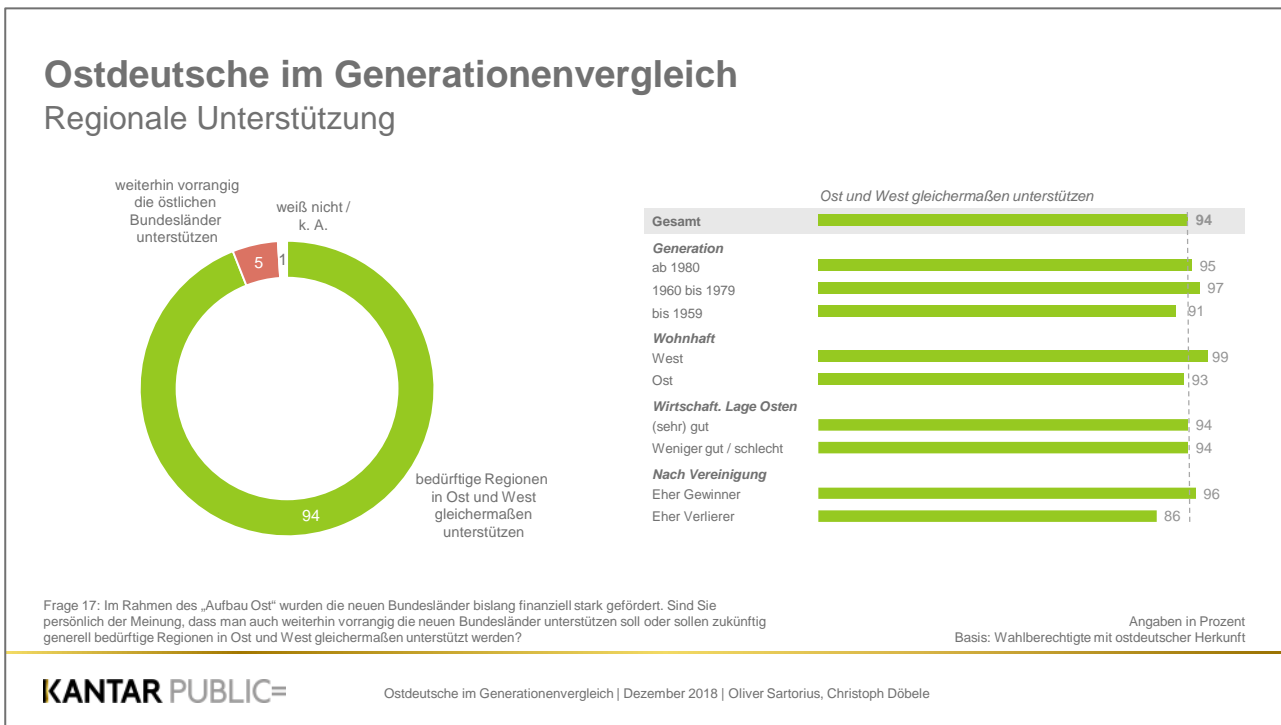
KANTAR PUBLIC=

Ostdeutsche im Generationenvergleich | Dezember 2018 | Oliver Sartorius, Christoph Döbele

Vor allem jüngere Befragte sind optimistischer hinsichtlich der ostdeutschen Wirtschaftskraft. Es zeigt sich an dieser Stelle jedoch kein Sozialisationseffekt, sondern eher ein Alterseffekt. Befragte, die im Osten geblieben sind, schätzen die wirtschaftliche Lage in den neuen Bundesländern signifikant besser ein (55%) als Ostdeutsche im Westen (40%). Wenig überraschend ist der positive Zusammenhang mit dem Haushaltseinkommen der Befragten. Wer mehr verdient, schätzt die

wirtschaftliche Lage insgesamt besser ein. Darüber hinaus zeigt sich ein starker Zusammenhang zwischen Lebenszufriedenheit und der Bewertung der wirtschaftlichen Situation (Zufriedene: 56% vs. Unzufriedene 28%). Ein kausaler Zusammenhang ist hier in beide Richtungen möglich. Ähnliche Befunde sind für die Bewertung des Mauerfalls und der Wiedervereinigung erkennbar.

Im Rahmen des „Aufbau Ost“ wurden die neuen Bundesländer nach der Wiedervereinigung finanziell stark gefördert. Die Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft sind mit überwältigender Mehrheit der Meinung, dass in Zukunft alle bedürftigen Regionen gefördert werden sollten, unabhängig davon, ob diese im Osten oder im Westen liegen (94%). Nur jeder Zwanzigste möchte explizit eine weiterhin vorrangige Unterstützung für die neuen Bundesländer (5%).

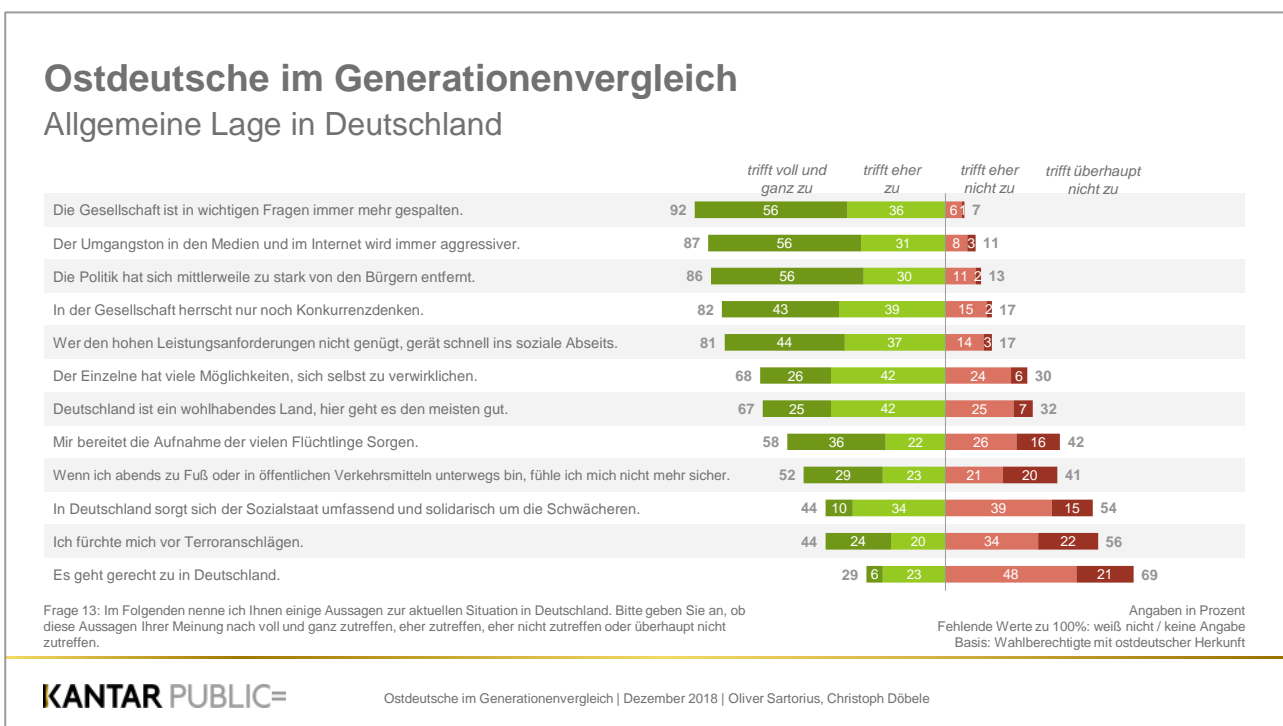


Die Unterschiede in den Teilgruppen sind dabei eher marginal. Fast alle Gruppen stimmen zu über 90% zu, bedürftige Regionen in Ost und West gleichermaßen finanziell zu fördern. Auch die Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland hat keinen Effekt auf diese Aussage. Der einzige signifikante Gruppenunterschied ist bei Gewinnern und Verlierern der Einheit zu erkennen. Wer sich subjektiv zu den Verlierern zählt, ist seltener der Meinung, dass Ost und West gleichermaßen gefördert werden sollten (-10 Prozentpunkte). Die Zustimmung liegt jedoch auch in dieser Teilgruppe insgesamt auf sehr hohem Niveau (86%). Trotz des ostdeutschen Hintergrunds sind sich die Befragten somit weitestgehend einig, finanzielle Hilfen nach Bedarf und nicht nach geographischer Lage zu verteilen.

7. Bewertung der aktuellen Lage in Deutschland

Die Wahrnehmung der **aktuellen Lage in Deutschland** ist bei Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft von einer **starken Polarisierung** geprägt. Gut neun von zehn Befragten empfinden eine wachsende Spaltung der Gesellschaft in wichtigen Fragen (92%). Fast ebenso viele nehmen den Umgangston in Medien und Internet als immer aggressiver wahr (87%). Hinzu kommt bei 86 Prozent der Befragten der Eindruck, dass sich die Politik mittlerweile zu stark von den Bürgern entfernt hat. Ebenso kritisch ist die Sicht auf den gesellschaftlichen Umgang: Vier von fünf Befragten beklagen hier starkes Konkurrenzdenken (82%).

Vor diesem Hintergrund zeigen sich die Befragten auch gespalten in ihrer Bewertung des **sozialen Zusammenhalts**. Zwar sehen zwei Drittel Deutschland als wohlhabendes Land, in dem es den meisten Menschen gut geht (67%), aber ebenso viele finden, dass es nicht gerecht zugeht in Deutschland (69%). Eher kritisch wird auch der Zustand der sozialen Absicherung bewertet: 44 Prozent bescheinigen dem Sozialstaat, dass er sich umfassend und solidarisch um die Schwächeren sorgt, aber eine knappe Mehrheit widerspricht dem (54%).



Ebenso unentschieden sind die Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft in Bezug auf die **gefühlte Sicherheit**. Jeder Zweite fühlt sich abends zu Fuß oder in öffentlichen Verkehrsmitteln nicht mehr sicher (52%), 41 Prozent der Befragten teilen dieses Unsicherheitsgefühl jedoch nicht. Die deutlich abstraktere Bedrohung durch Terroranschläge stellt für gut vier von zehn Befragten einen Anlass zur Beunruhigung dar (44%), die Mehrheit fürchtet sich davor eher nicht (56%).

Das Empfinden gegenüber Flüchtlingen vereint Aspekte des sozialen Zusammenhalts, der gefühlten Sicherheit aber auch kultureller Fremdheit. Hier machen sich sechs von zehn Befragten Sorgen aufgrund der Aufnahme vieler Flüchtlinge (58%).

Hinsichtlich der **Möglichkeiten zur freien Entfaltung** des Individuums zeichnen die Befragten ein ambivalentes Bild. Zwar sehen gut zwei Drittel viele Möglichkeiten für den Einzelnen, sich selbst zu verwirklichen (68%). Für einen noch größeren Teil der Bevölkerung geht diese Freiheit aber mit enormen Leistungsdruck einher: Vier von fünf Befragten (81%) konstatieren, dass schnell ins soziale Abseits gerät, wer den Anforderungen nicht genügt.

Die Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft zeichnen insgesamt ein eher negatives Bild der aktuellen Lage in Deutschland. Sie empfinden eine starke gesellschaftliche Polarisierung und sehen mehrheitlich eine ungerechte Verteilung des Wohlstands im Land, die teilweise auch von eigenen Verlust- bzw. Abstiegsängsten geprägt sein kann. Ihre Sichtweise deckt sich somit stark mit jener der Wohnbevölkerung in Gesamtdeutschland ab 18 Jahren. Allerdings ist die Einschätzung zum Sozialstaat und der Gerechtigkeit bei Ersteren leicht positiver als bei Letzteren.²³ Auch geben die befragten Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft an, weniger Angst vor Terroranschlägen zu haben.

Im Vergleich der Generationen manifestieren sich Unterschiede vorrangig bei der gefühlten Sicherheit und der Wahrnehmung des Sozialstaates: Personen der Vorwende-Generation fühlen sich weniger sicher, wenn sie abends zu Fuß oder in öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind als Personen der Nachwende-Generationen (55% vs. 43%). Diese Verunsicherung spiegelt sich auch in der Angst vor Terroranschlägen (+9 Prozentpunkte) wieder.²⁴ Außerdem drücken die älteren Generationen der Befragten wesentlich häufiger Besorgnis über die Aufnahme von Flüchtlingen aus (+17 Prozentpunkte). Auch die Wahrnehmung des Sozialstaats unterscheidet sich zwischen diesen Teilgruppen: Personen der Vorwende-Generationen stellen hier ein deutlich kritischeres Zeugnis aus (-10 Prozentpunkte) und empfinden auch die Gesamtsituation in Deutschland als ungerechter (-7 Prozentpunkte). Dementsprechend sind sie auch skeptischer in ihrer Bewertung des allgemeinen Wohlstands (-7 Prozentpunkte). Beachtet werden muss jedoch, dass Personen der Vorwende-Generation im Durchschnitt ein niedrigeres Bildungsniveau besitzen und über ein geringeres Einkommen verfügen. Diese Eigenschaften weisen über alle Teilgruppen hinweg starke Zusammenhänge mit der Wahrnehmung des Sozialstaates auf. Bei den Fragen nach der Polarisierung in Deutschland zeichnet sich hingegen kein klares Bild ab: Zwar nimmt die jüngere Generation den Umgangston in den Medien als aggressiver wahr (+7 Prozentpunkte), sieht aber dafür das Konkurrenzdenken in der Gesellschaft weniger problematisch als die älteren Generationen (-10 Prozentpunkte). Hinsichtlich der Bürgernähe der Politik und der Spaltung der Gesellschaft in wichtigen Fragen sind keine Unterschiede festzustellen, ebenso wie bezüglich der Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen.

Zwischen den derzeitigen Wohnorten (Ost- bzw. Westdeutschland) zeigen sich deutlich weniger und schwächere Unterschiede. Befragte ostdeutscher Herkunft, die in Westdeutschland wohnhaft sind, haben mehr Angst vor Terroranschlägen (+8 Prozentpunkte) und fühlen sich abends im öffentlichen Raum weniger sicher (-6 Prozentpunkte). Dieser Unterschied ist allerdings zumindest in Teilen darauf zurückzuführen, dass bei den Befragten in Westdeutschland der Frauenanteil größer ist und sich diese insgesamt weniger sicher fühlen. Ein weiterer Unterschied betrifft die Besorgnis aufgrund

²³ Nach einer Studie von polis im Auftrag des BPA widersprechen 60 Prozent der Wohnbevölkerung in Gesamtdeutschland, dass der Sozialstaat sich umfassend und solidarisch um die Schwächeren sorgt (6%-Punkte, mehr als bei den Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft). Nur 24 Prozent der Gesamtdeutschen finden, dass es in Deutschland gerecht zugeht (5%-Punkte weniger als bei den Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft).

²⁴ Hierbei handelt es sich um kein spezifisch ostdeutsches Phänomen. Entsprechende Befunde der gefühlten Sicherheit nach Altersgruppen finden sich in zahlreichen einschlägigen empirischen Studien.

vieler Flüchtlinge: Diese ist bei der in Ostdeutschland wohnhaften Teilgruppe deutlich stärker ausgeprägt (+10 Prozentpunkte). Dieses Ergebnis bestätigt zahlreiche empirische Befunde, wonach das Bedrohungsgefühl besonders dort ausgeprägt ist, wo vergleichsweise wenige Flüchtlinge leben und damit wenige Kontakte bestehen. Hinsichtlich der Polarisierung in der Gesellschaft oder den individuellen Entfaltungsmöglichkeiten stimmen die Meinungen der Teilgruppen weitestgehend überein.

Ein Unterschied zwischen den Geschlechtern lässt sich in erster Linie bei der Sicherheitsdimensionen erkennen: Wie bereits angeführt, fühlen Frauen sich generell spürbar weniger sicher in Bezug auf den öffentlichen Raum (+23 Prozentpunkte), aber auch in Bezug auf Terroranschläge (+26 Prozentpunkte).

Formal niedrig Gebildete sehen sich in ihren individuellen Entfaltungsmöglichkeiten eingeschränkter (-17 Prozentpunkte gegenüber jenen mit formal hoher Bildung). Auch sehen sie sich stärkerem Leistungsdruck ausgesetzt (+10 Prozentpunkte). Sehr deutlich manifestieren sich Unterschiede entlang der formalen Bildung außerdem bei der Wahrnehmung der Gerechtigkeit: Nur jeder fünfte formal niedrig Gebildete ist der Meinung, dass es gerecht zugeht in Deutschland. Bei formal höher Gebildeten sind es dagegen mehr als doppelt so viele. Ähnlich stark sind die Unterschiede in der Einschätzung des allgemeinen Wohlstandes (-21 Prozentpunkte) und dem Zustand des Sozialstaates (-19 Prozentpunkte). Bei der Einschätzung der Sicherheit machen sich formal höher Gebildete durchweg weniger Sorgen. Ähnliche Tendenzen bezüglich der Sorgen wegen Flüchtlingen, dem subjektiven Sicherheitsgefühl und den Einstellungen zum Sozialstaat lassen sich auch entlang der Einkommensverteilung finden. Bildung wirkt hier vermutlich sowohl direkt, als auch indirekt über das Einkommen als Mediatorvariable.

Große Unterschiede zeigen sich zwischen subjektiven Gewinnern und Verlierern der Wiedervereinigung: Weniger als die Hälfte derjenigen, die sich als Verlierer einschätzt, stimmt der Aussage zu, dass Deutschland ein wohlhabendes Land ist und es den meisten hier gut geht (45%, -27 Prozentpunkte²⁵). Nur gut jeder Vierte dieser Gruppe bescheinigt Deutschland einen intakten Sozialstaat (26%, -24 Prozentpunkte) und nur einer von Sieben empfindet die Verhältnisse als gerecht (15 Prozent, -19 Prozentpunkte). Außerdem sind fast alle Personen, die sich selbst eher zu den Verlierern zählen, der Meinung, dass sich die Politik zu stark von den Bürgern entfernt hat (96%), im Gegensatz zu 83 Prozent in der Gruppe der gefühlten Gewinner. Diese Bewertung ist stark von den individuellen Lebensumständen der gefühlten Verlierer geprägt, die im Durchschnitt über eine geringere Bildung und über ein geringeres Einkommen verfügen, mit ihrem Leben insgesamt unzufriedener sind und vielfach längere Jahre arbeitslos waren.

Aktuelle Lage in Ostdeutschland

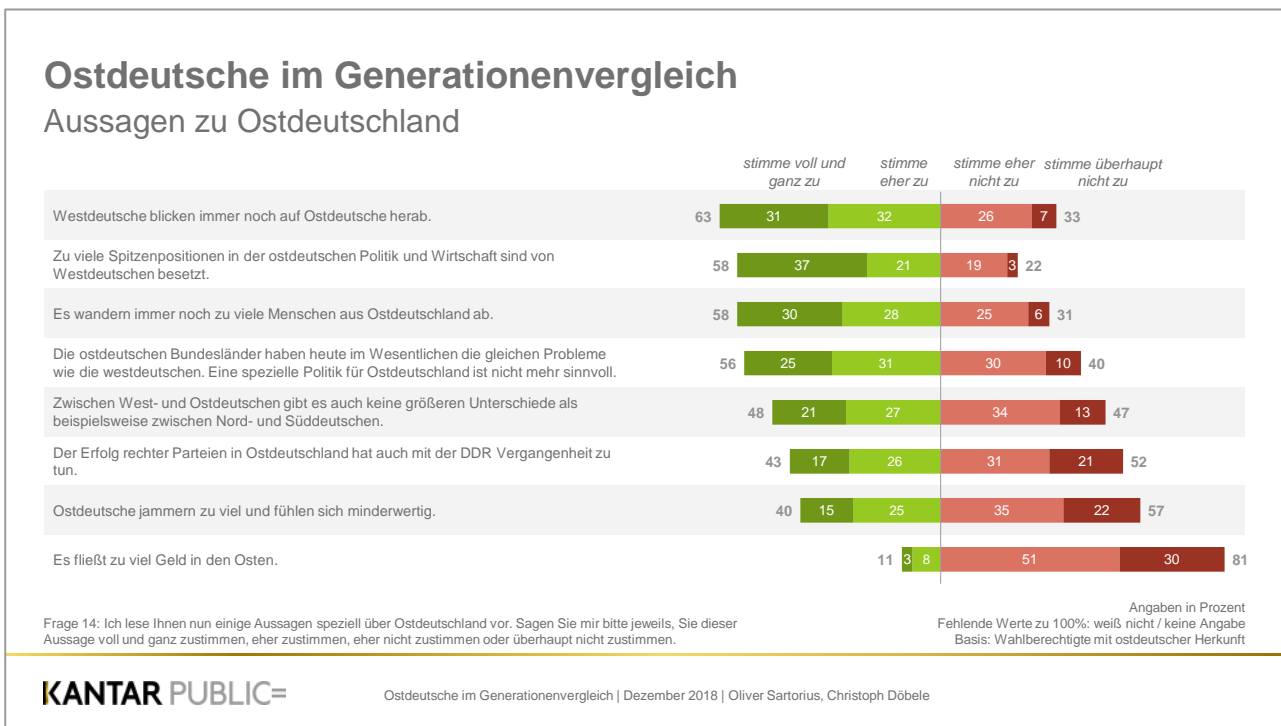
Die Bewertung der **aktuellen Lage speziell in Ostdeutschland** zeigt ein ambivalentes Bild: Die Mehrheit der Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft empfindet die **Beziehung zu Westdeutschen** als nicht auf Augenhöhe: Knapp zwei Drittel der Befragten erheben den Vorwurf, dass Westdeutsche immer noch auf Ostdeutsche herabblicken (63%). Nur jeder Dritte teilt diesen Eindruck nicht (33%). Der häufig von Westdeutschen formulierten Unterstellung, Ostdeutsche würden zu viel jammern und sich minderwertig fühlen, stimmen nur 40 Prozent der Befragten zu, die Mehrheit widerspricht hier (57%).

Die **Abwanderung** aus Ostdeutschland wird mehrheitlich als ein Problem angesehen. Knapp sechs von zehn Befragten sind der Meinung, dass nach wie vor zu viele Menschen aus Ostdeutschland abwandern (58%). Gleichzeitig haben 58 Prozent das Gefühl, dass zu viele Spitzenpositionen in der ostdeutschen Politik und Wirtschaft mit Westdeutschen besetzt sind. Offensichtlich haben viele

²⁵ Differenz im Vergleich zu den Befragten, die sich als Gewinner der Wiedervereinigung einschätzen.

Wahlberechtigte mit ostdeutscher Herkunft den Eindruck einer doppelten Benachteiligung, in dem vor allem junge und gut ausgebildete Leute abwandern und gleichzeitig die wichtigen Entscheidungspositionen mit Westdeutschen besetzt werden.

In der Einschätzung der **Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland** zeigt sich folgendes Bild: Knapp sechs von zehn halten eine spezielle Politik für Ostdeutschland nicht mehr für sinnvoll, da die wesentlichen Probleme in Ost- und Westdeutschland die gleichen sind (56%). Vier von zehn Wahlberechtigte mit ostdeutscher Herkunft widersprechen dem und erachten eine spezielle Politik für Ostdeutschland nach wie vor für sinnvoll (40%). Auf der menschlichen Ebene glaubt die Hälfte der Befragten, dass es zwischen Ost- und Westdeutschen auch keine größeren Unterschiede gebe als z.B. zwischen Nord- und Süddeutschen (48%), genauso viele widersprechen dem allerdings (47%). In diese Logik passt auch, dass 52 Prozent der Befragten keinen Zusammenhang zwischen dem Erfolg rechter Parteien in Ostdeutschland und der DDR-Vergangenheit sehen, nur 43 Prozent bejahen dies. Der Rechtsruck wird damit von einer Mehrheit eher als gesamtdeutsches Problem adressiert. Obwohl sich die Mehrheit der Befragten gegen eine spezielle Politik für Ostdeutschland ausspricht, finden nur 11 Prozent der Befragten, dass zu viel Geld in den Osten fließt. Eine spezielle Ostförderung ist aus der Perspektive einer großen Mehrheit der Befragten also keine Sonderbehandlung, sondern (nach wie vor) eine gerechtfertigte beziehungsweise notwendige Unterstützung einer vergleichsweise (struktur)schwachen Region.



Die Detailanalyse zwischen in Ost- und Westdeutschland Lebenden ergibt weitere interessante Differenzen. So finden die im Westen wohnenden Befragten die Haltung der Westdeutschen gegenüber Ostdeutschen weniger herablassend als die in Ostdeutschland lebende Teilgruppe (-11 Prozentpunkte). Hierfür können verschiedene Erklärungsansätze herangezogen werden: Zum einen ist es möglich, dass sich Westdeutsche unterscheiden, je nachdem, wo sie wohnen. Beispielsweise könnte es sein, dass Westdeutsche in Ostdeutschland verhältnismäßig häufig in Führungspositionen tätig sind und das Bild von Westdeutschen dadurch beeinflussen. Andererseits haben Befragte, die in Westdeutschland wohnhaft sind, intensiveren Kontakt mit Westdeutschen, was wiederum zu mehr gegenseitigem Verständnis führen könnte. Auf ein besseres gegenseitiges Verständnis deutet auch hin, dass die Gemeinsamkeiten zwischen West- und Ostdeutschen bei den Befragten in

Westdeutschland deutlich stärker wahrgenommen werden als in Ostdeutschland (+16 Prozentpunkte). Hinsichtlich des westdeutschen Stereotyps, Ostdeutsche würden zu viel jammern und sich minderwertig fühlen, lässt sich zwischen den Teilgruppen kein signifikanter Unterschied feststellen. Bezüglich der Bewertung der Abwanderung aus Ostdeutschland positionieren sich beide Gruppen ebenfalls ähnlich, die Migration von Führungskräften in entgegengesetzter Richtung wird von den in Ostdeutschland Wohnhaften jedoch wesentlich kritischer wahrgenommen (+21 Prozentpunkte). Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass dieses Phänomen per Definition nur in Ostdeutschland auftritt und dort deshalb präsenter ist. Interessanterweise hängt die Bewertung der finanziellen Transferleistungen für Ostdeutschland nicht mit dem Wohnort der Befragten zusammen, ebenso wenig wie die Haltung zu einer speziellen Politik für Ostdeutschland. Allerdings schreiben in Westdeutschland wohnende Befragte der DDR-Vergangenheit eine größere Bedeutung für den vergleichsweise starken Rechtsruck in Ostdeutschland zu.

Auch zwischen den Generationen lassen sich interessante Unterschiede feststellen: Die Vorwende-Generationen beklagen stärker, dass sich Ostdeutsche minderwertig fühlen und zu viel jammern würden (+8 Prozentpunkte). Dafür sieht die Nachwende-Generation eher einen Zusammenhang zwischen der DDR-Vergangenheit und dem Erfolg rechter Parteien in Ostdeutschland (+19 Prozentpunkte). Interessanterweise gibt es innerhalb der Vorwende-Generationen bei diesen beiden Fragen keine nennenswerten Unterschiede, was einen direkten Einfluss des Alters auf die Sichtweise unwahrscheinlich macht. Vielmehr könnte man vermuten, dass die Sozialisierung in der DDR eine Rolle spielt. Allerdings lassen sich ähnliche Muster bei den anderen Items nicht beziehungsweise in weniger starker Ausprägung finden: So stören sich Personen der Vorwende-Generationen stärker an westdeutschen Personen in Führungspositionen. Allerdings spielt dabei offensichtlich das Alter an sich eine Rolle, da innerhalb der Vorwende-Generationen selbst Differenzen bestehen. Gar keinen Einfluss scheint das Alter der Befragten nur bei zwei Aspekten zu haben: Das Gefühl, Westdeutsche würden nach wie vor auf Ostdeutsche herabblicken, ist in allen Generationen auf vergleichbar hohem Niveau. Ebenso werden die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen in allen Generationen ähnlich wahrgenommen.

Eine Auffälligkeit bei weiteren Teilgruppen ist, dass Frauen ostdeutscher Herkunft das Verhältnis zu Westdeutschen stärker belastet wahrnehmen als Männer: Sie haben eher das Gefühl, dass Westdeutsche immer noch auf Ostdeutsche herabblicken (+8 Prozentpunkte), stimmen aber auch stärker der Aussage zu, dass Ostdeutsche sich minderwertiger fühlen und zu viel jammern (+11 Prozentpunkte).

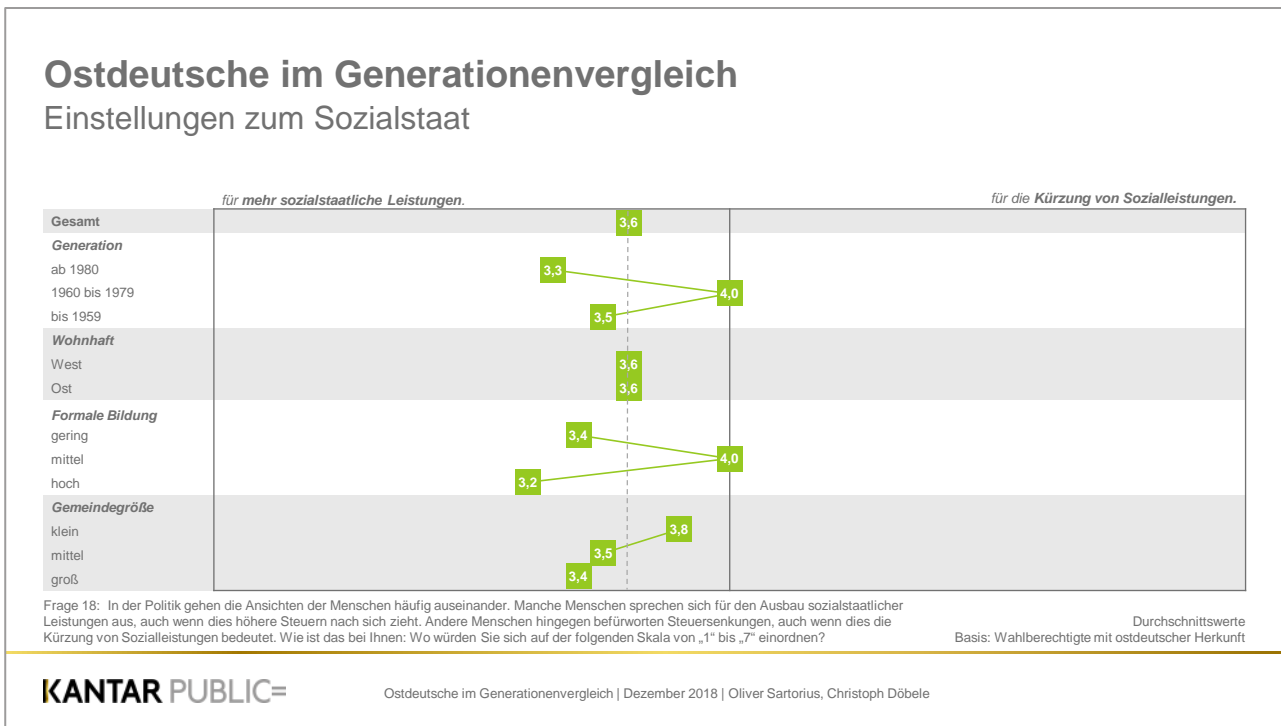
In ihrer **Einstellung zum Sozialstaat** befürworten die Wahlberechtigten ostdeutscher Herkunft eher ein **Mehr an sozialstaatlichen Leistungen**, auch wenn dies höhere Steuern nach sich zieht. So ist der Mittelwert aller Befragten mit 3,6 links der Skalenmitte des Werts 4²⁶. Die Verortung der einzelnen Befragten klumpt stark um diesen Mittelwert herum. Allerdings zeigen sich an beiden Enden der Skala weitere lokale Peaks. Etwa jeder sechste Befragte positioniert sich am linken Extrem für mehr Sozialstaatsinterventionismus (16%), jeder zehnte ist allerdings gegenteiliger Ansicht und spricht sich für einen radikalen Marktliberalismus aus (10%). Im Vergleich mit der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung Deutschlands zeigt sich, dass diese tendenziell geringfügig marktliberaler denkt, sich aber ebenfalls links von der Skalenmitte, eher auf der Seite eines starken Sozialstaats, positioniert (3,7)²⁷. Dennoch lassen sich zwei interessante Unterschiede feststellen: Zum einen verorten sich unter den gesamten Wahlberechtigten Deutschlands mehr Personen auf der Skalenmitte, sind also mit dem Umfang sozialstaatlicher Leistungen insgesamt

²⁶ Die Skala von 1-7 ist folgendermaßen definiert: '1' bedeutet 'mehr Leistungen im sozialen Bereich, auch wenn dafür Steuern und Sozialabgaben erhöht werden', '7' bedeutet 'Steuern und Sozialabgaben senken, auch wenn dafür weniger Leistungen im sozialen Bereich erbracht werden'

²⁷ Siehe Nachwahlbefragung von Infratest dimap zur Bundestagswahl 2017. Die Daten wurden vom 11.-16.10.2017 online als Quotenstichprobe mit 1.955 Befragte erhoben.

zufrieden und sehen weder Veränderungsbedarf in die eine noch in die andere Richtung.²⁸ Zum anderen positionieren sich bei den Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft mehr Befragte am linken Pol der Skala.^{29,30}

Interessanterweise unterscheiden sich die Antworten der Befragten auf die Frage nach mehr oder weniger Sozialstaatsinterventionismus nicht zwischen der in Ostdeutschland und der in Westdeutschland lebenden Gruppe. Offensichtlich scheinen der Wohnort und damit auch das Umfeld keinen signifikanten Einfluss auf die Einstellung zum Sozialstaat zu haben.



Zwischen den Generationen zeigen sich unregelmäßige Muster. Während sich sowohl die älteste Generation ab 58 Jahren als auch die jüngste bis 38 Jahren überdurchschnittlich für mehr sozialstaatliche Leistungen ausspricht (3,3 bzw. 3,5 auf der Skala von 1 bis 7), positionieren sich die 38 bis 58-jährigen eher in der Mitte der Skala. Die Position der ältesten Teilgruppe könnte zumindest teilweise dadurch erklärt werden, dass die Gruppe zu fast 80 Prozent aus Rentnern besteht – also eine Bevölkerungsgruppe, die in hohem Maße von den Zuschüssen des Bundes an die Rentenversicherung profitiert, die einen hohen Anteil an den Sozialtransferzahlungen des Bundeshaushaltes ausmachen. Die aktuellen Nettozahler des Sozialstaates finden sich eher in der jüngeren und vor allem in der mittleren Generation. Allerdings unterscheidet sich das durchschnittliche Nettoeinkommen pro Person zwischen diesen Teilgruppen stark. So hat eine Person aus der mittleren Generation mit durchschnittlich 1227€ Einkommen monatlich ca. 150€ mehr zur Verfügung als ein Befragter der Nachwende-Generation, bezahlt aufgrund des progressiven Steuersystems aber auch höhere Steuern und Beiträge. Eine mögliche Erklärung für die Positionierung der mittleren Teilgruppe könnte also die mit mehr sozialstaatlichen Leistungen verbundenen größeren Beiträge bzw. Lohnnebenkosten sein, die zu höheren Belastungen und einem geringeren Einkommen führen.

²⁸ 30% in der Gesamtbevölkerung bzw. 20% bei den Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft.

²⁹ 11% in der Gesamtbevölkerung bzw. 16% bei den Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft.

³⁰ Etwaige methodische Effekte auf Grund der unterschiedlichen Erhebungsmethoden können an dieser Stelle nicht überprüft werden.

Die Befragten unterscheiden sich des Weiteren in ihrer Einstellung zum Sozialstaat in Abhängigkeit ihrer formalen Bildung. Die formal höher Gebildeten befürworteten einen stärkeren Sozialstaat (3,2) ebenso wie jene mit niedriger formaler Bildung (3,4). Im Gegensatz dazu positioniert sich die Gruppe mit mittlerer formaler Bildung weiter rechts in der Mitte der Skala (4,0). Dies überrascht auf den ersten Blick, erklärt sich zumindest in Teilen aber durch die Zusammensetzung dieser Gruppen. Die Gruppe der formal gering Gebildeten besteht zu über der Hälfte aus Rentnern und ist im Durchschnitt fast zehn Jahre älter als die mit mittlerer Bildung. Ebenso ist eine Person mit hoher formaler Bildung durchschnittlich fünf Jahre jünger als die Referenzgruppe mit mittlerer formaler Bildung. Damit kommen ähnliche Argumentationsmuster wie bei den Unterschieden zwischen den Generationen zum Tragen.

Auch hinsichtlich der Wohnortgröße lassen sich Unterschiede feststellen. Personen aus kleinen Gemeinden sehen einen Ausbau des Sozialstaats etwas verhaltener (3,8) als solche aus mittelgroßen Gemeinden (3,5) und Großstädten (3,4). Die Zusammensetzung dieser Teilgruppen kann allerdings nur sehr bedingt als Erklärungsansatz für die Unterschiede, insbesondere den zwischen der Gruppe aus kleinen Gemeinden und den anderen, herangezogen werden, da sich diese nicht systematisch unterscheiden. Ein möglicher Grund könnte sein, dass ländlichere Gebiete tendenziell von einem konservativeren Weltbild geprägt sind als urbane Räume. Eine Rolle könnte dabei aber auch spielen, dass im anonymen Umfeld der (Groß)Städte möglicherweise die Wahrnehmung der Notwendigkeit staatlicher Unterstützung ansteigt (weil ja sonst niemand hilft), während in kleineren, überschaubaren Gemeinden die Wahrnehmung noch eher durch ein stärkeres soziales Miteinander geprägt ist.

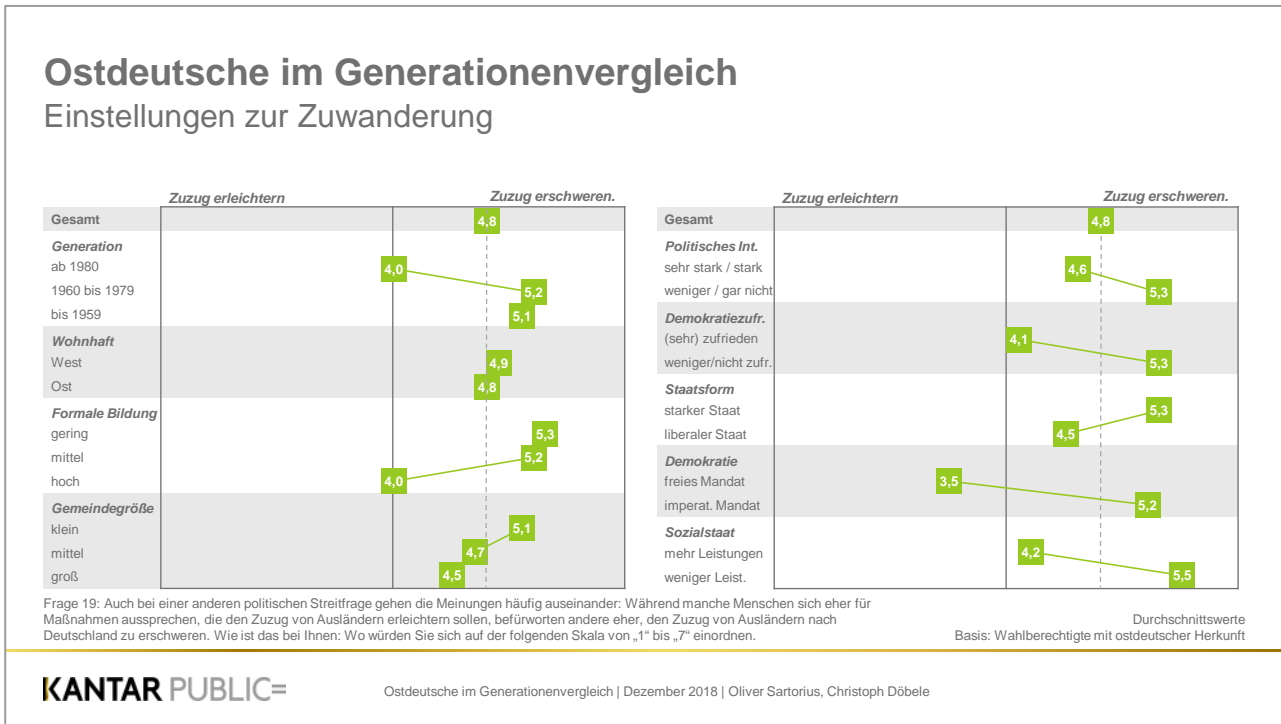
Gefragt nach ihrer **Haltung zur Zuwanderung** positionieren sich die Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft deutlich: Über die Hälfte der Befragten befürwortet es, den Zuzug von Ausländern einzuschränken (56%), knapp jeder dritte positioniert sich sogar am äußersten Punkt der Skala (31%).³¹ Nur gut jeder Vierte ist dafür, den Zuzug zu erleichtern (28%), jeder Achte tendiert in keine Richtung (13%). Damit liegt der Durchschnitt der Befragten auf der Skala bei 4,8. Dies ist insofern bemerkenswert, als sich der Durchschnitt der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland zuletzt nochmals spürbar weiter rechts (5,2) befand, wobei sich in der damaligen Stichprobe die in Ostdeutschland lebenden Befragten (5,4) deutlich „rechter“ auf der Skala positionierten als die in Westdeutschland lebenden (5,1).³²

Die Einstellung zur Zuwanderung unterscheidet sich nicht signifikant zwischen den in Ost- und Westdeutschland Wohnhaften. Zwischen den Generationen lassen sich jedoch große Differenzen feststellen. Die jüngste Generation sieht weder Bedarf, Zuwanderung zu erleichtern, noch diese stärker einzuschränken (4,0) und nimmt damit unter den Altersgruppen die liberalste Position ein. Bei den Vorwende-Generationen ist eine klare Tendenz zu einer stärkeren Einschränkung zu erkennen (5,2 bei der mittleren bzw. 5,1 bei der älteren Generation). Allerdings sind die Vorwende-Generationen im Durchschnitt formal geringer gebildet und verfügen über ein niedrigeres Haushalts-Netto-Einkommen. Beide Eigenschaften weisen einen engen Zusammenhang mit der Forderung nach einer Einschränkung von Zuzugsmöglichkeiten auf. Insofern ist auffällig, dass bei der Haltung zur Zuwanderung zwischen der mittleren und der älteren Generation keine signifikanten Unterschiede bestehen, obwohl die mittlere Generation ein etwas höheres formales Bildungsniveau hat und über ein deutlich größeres Haushaltsnettoeinkommen verfügt. Da in dieser Frage Geschlechterunterschiede ebenfalls keinen signifikanten Einfluss haben, könnte der Unterschied durch die direkte Erfahrung mit Migranten zu tun haben. Junge Menschen sind diesbezüglich

³¹ Die Skala von 1-7 ist folgendermaßen definiert: '1' bedeutet 'Zuzugsmöglichkeiten und Bleiberechte für Ausländer erweitern', '7' bedeutet 'Zuzugsmöglichkeiten und Bleiberechte für Ausländer einschränken'.

³² Siehe Nachwahlbefragung von Infratest dimap zur Bundestagswahl 2017. Die Daten wurden vom 11.-16.10.2017 online als Quotenstichprobe mit 1.955 Befragte erhoben. Bei diesem Unterschied mag auch der Erhebungszeitraum eine Rolle spielen (Oktober 2017 vs. Oktober 2018).

generell aufgeschlossener, zudem formal höher Gebildet und (zumindest als solche dann) oft auch mehr gereist.

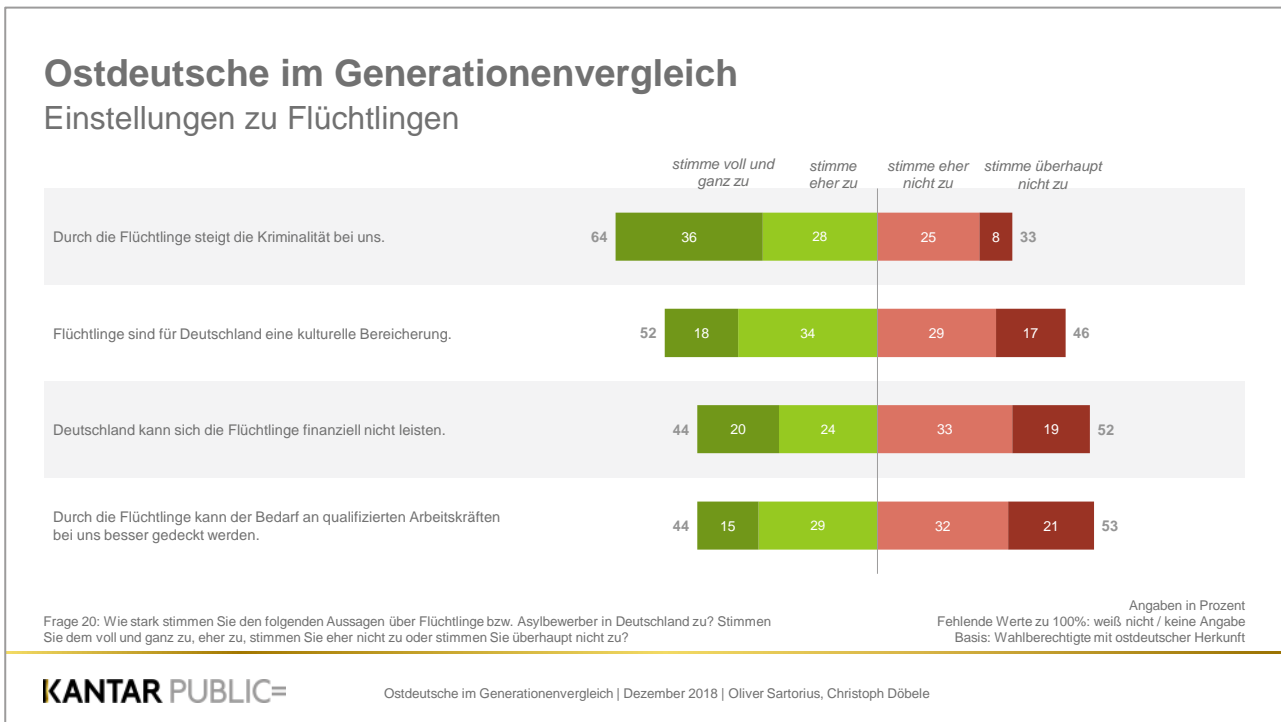


Wie bereits angeführt bestehen Zusammenhänge zwischen der Einstellung zu Zuwanderung und der formalen Bildung sowie dem Haushalts-Netto-Einkommen. Formal höher Gebildete sprechen sich weder für eine Erweiterung noch für eine Einschränkung von Zuzugsmöglichkeiten aus (4,0), während formal mittel und niedrig Gebildete eher letzteres präferieren. Personen aus Haushalten mit hohem Netto-Einkommen votieren zwar eher für eine Einschränkung (4,6), bleiben dabei aber liberaler als jene mit mittlerem und niedrigerem Einkommen (4,9 bzw. 5,1). Zwischen den Geschlechtern lassen sich keine signifikanten Differenzen feststellen.

Tendenziell unterstützen Befragte auf dem Land eher eine restriktivere Zuwanderung (5,1) als jene in Städten (4,7 in Klein- bzw. 4,5 in Großstädten). Weitere Teilgruppen, die sich für eine Beschränkung der Zuzugsmöglichkeiten aussprechen sind politisch weniger Interessierte und Befragte, die mit der Demokratie in Deutschland eher unzufrieden sind. Befürworter einer liberalen Staatsform und einer eher freien Auslegung von politischen Mandaten sprechen sich auch stärker für eine liberale Zuwanderungspolitik aus. Konträr dazu sind Personen, die einen marktliberalen Staat bevorzugen wiederum eher für eine Einschränkung der Zuzugsmöglichkeiten, ebenso wie Nichtwähler. Es muss jedoch beachtet werden, dass die hier genannten Gruppen teilweise große Überschneidungen haben und die Richtung der Zusammenhänge nicht eindeutig ist.

Insgesamt sind die Wahlberechtigten mit ostdeutscher Herkunft in ihrer **Einstellung zu Flüchtlingen** sehr zwiespältig mit der Tendenz zu einer eher kritischen Haltung. Die wahrgenommenen **Probleme** überlagern alles in allem die wahrgenommenen Chancen: Knapp zwei Drittel der Befragten befürchten einen Anstieg der Kriminalität durch Flüchtlinge (64%). Wie emotional dieses Thema belegt ist, bemisst sich auch daran, dass immerhin jeder Dritte in diesem Aspekt uneingeschränkte Zustimmung äußert. Bei der finanziellen Belastung ist die Stimmung ambivalenter: Dass sich Deutschland die Flüchtlinge finanziell nicht leisten könne, teilt nur eine Minderheit von 44 Prozent. Gut die Hälfte sieht das Land dem gewachsen (52%). Hinsichtlich der **Chancen** durch Flüchtlinge ergibt sich ebenfalls ein geteiltes Bild: Die Hälfte empfindet Flüchtlinge

als kulturelle Bereicherung (52%), wobei fast ebenso viele widersprechen (46%). Hinsichtlich eines möglichen Beitrags von Flüchtlingen zur Lösung des Fachkräftemangels äußern sich 53 Prozent der Befragten kritisch, 44 Prozent sehen hier Potenzial.



Entlang der Verteilung nach Ost und West ergeben sich kleine Unterschiede: Die in Westdeutschland lebende Teilgruppe stimmt sowohl bei den Problemen als auch den Chancen stärker zu, wobei die Chancen leicht überwiegen. Insbesondere die Chance der Fachkräftegewinnung wird hier positiver bewertet (+17 Prozentpunkte), auch die Diversität durch Flüchtlinge wird stärker begrüßt (+9 Prozentpunkte). Damit ist die Sichtweise auf Flüchtlinge bei den Befragten in Westdeutschland etwas positiver. Zu beachten ist allerdings der größere Frauenanteil, das höhere durchschnittliche Bildungsniveau sowie der geringere Altersdurchschnitt, da diese Merkmale jeweils mit einer aufgeschlosseneren Haltung zusammenhängen.

Die jüngste Generation ist in ihrer Einstellung gegenüber Flüchtlingen am positivsten, wobei vor allem die Chancen optimistischer bewertet werden. Gut sechs von zehn Befragten in dieser Teilgruppe sehen in Flüchtlingen Potenzial für die Lösung des Fachkräftemangels, wohingegen es in den Vorwendegenerationen nur knapp vier von zehn sind (+ 23 Prozentpunkte).³³ Ebenso wird die kulturelle Bereicherung positiver eingeschätzt (+15 Prozentpunkte). Außerdem äußert sich die Nachwende-Generation wesentlich weniger besorgt hinsichtlich der Kriminalität durch Flüchtlinge (- 19 Prozentpunkte). Am kritischsten bewertet die mittlere Generation die möglichen Chancen und Probleme durch Flüchtlinge. Für 72 Prozent dieser Teilgruppe stehen Flüchtlinge im Zusammenhang mit Kriminalität, nur 29 Prozent sehen in ihnen qualifizierte Arbeitskräfte. Die älteste Gruppe positioniert sich zwischen den beiden anderen. In der jüngsten Generation ist das durchschnittliche Bildungsniveau am höchsten, weshalb ebenfalls nur ein Scheinzusammenhang zwischen Generation und Einstellung zu Flüchtlingen vorliegen könnte.

Frauen bewerten die Chancen durch Flüchtlinge etwas positiver als Männer, bezüglich der Probleme unterscheiden sie sich nicht. Formal höher Gebildete äußern sich insgesamt optimistischer:

³³ Im Vergleich zu beiden Vorwende-Generationen zusammen.

Während 80 Prozent der formal gering Gebildeten Angst vor Kriminalität durch Flüchtlinge haben, sind es nur 46 Prozent der höher Gebildeten. Befragte mit höherem Haushalts-Netto-Einkommen unterscheiden sich insgesamt nicht systematisch von solchen mit niedrigerem Einkommen. Zwar sinkt mit steigendem Einkommen die Befürchtung, Deutschland könne sich Flüchtlinge finanziell nicht leisten, aber gleichzeitig sehen Befragte mit geringerem Einkommen mehr Potenzial, um den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu decken. Insgesamt werden die Chancen durch kulturelle Bereicherung und Arbeitskräftepotenzial in Städten positiver bewertet als auf dem Land. Hier scheint sich die Kontaktthese zu bestätigen, wonach Menschen, die tatsächlich Kontakt zu Flüchtlingen haben, etwaige Vorurteile oftmals abbauen. Da in Städten mehr Flüchtlinge leben als auf dem Land, scheint dies ein plausibler Zusammenhang zu sein. Unter den Erwerbstätigen herrscht dagegen eher Skepsis vor bezüglich des Potenzials von Flüchtlingen für den Arbeitsmarkt.

Tendenziell kritischer äußern sich Nichtwähler, Befragte, die insgesamt mit der Demokratie unzufrieden sind und solche, die Medien wenig Vertrauen entgegenbringen. Vorrangig die Chancen durch Flüchtlinge sehen dagegen die subjektiven Gewinner der Wiedervereinigung und jene, die die DDR eher negativ bewerten. Außerdem geht die Befürwortung eines umfassenden Sozialstaats offensichtlich mit einer optimistischeren Sicht auf Flüchtlinge einher.